



**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 28. - öffentliche - Sitzung**  
**der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das**  
**ehrenamtliche Engagement verbessern“**  
**am 12. November 2021**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

**1. Fluides Ehrenamt und Gemeinwesenarbeit**

*Anhörung*

- *Gabriele Linster, Koordinatorin für die Dorf- und Bürgertreffs der Samtgemeinde  
Bersenbrück..... 3*

- *Christian Oddoy, Gemeinwesenarbeit Stadt Visselhövede..... 11*

**2. Fortsetzung der Aussprache zur Auswertung der Online-Umfrage..... 17**

**3. Verschiedenes ..... 27**

**Anwesend:****Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Markus Brinkmann (i. V. d. Abg. Hanna Naber) (SPD)
3. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
4. Abg. Kerstin Liebelt (SPD)
5. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
6. Abg. Rainer Fredermann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
7. Abg. Eike Holsten (CDU)
8. Abg. Veronika Koch (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
10. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
12. Abg. Volker Bajus (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Externe Sachverständige:

1. Falk Hensel (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
2. André Kwiatkowski (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Insa Lienemann, zeitweise vertreten durch Thomas Krueger  
(dieser per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Jens Risse (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
5. Karl Gerhard Tamke (i. V. v. Dagmar Hohls)
6. Prof. Dr. Joachim Winkler

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,  
Herr Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung),  
Herr Deycke (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Ministerialrat Stöck,  
Regierungsdirektor Heuer,  
Regierungsdirektor Weemeyer (zu Tagesordnungspunkt 1),  
Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 10.17 Uhr bis 12.35 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

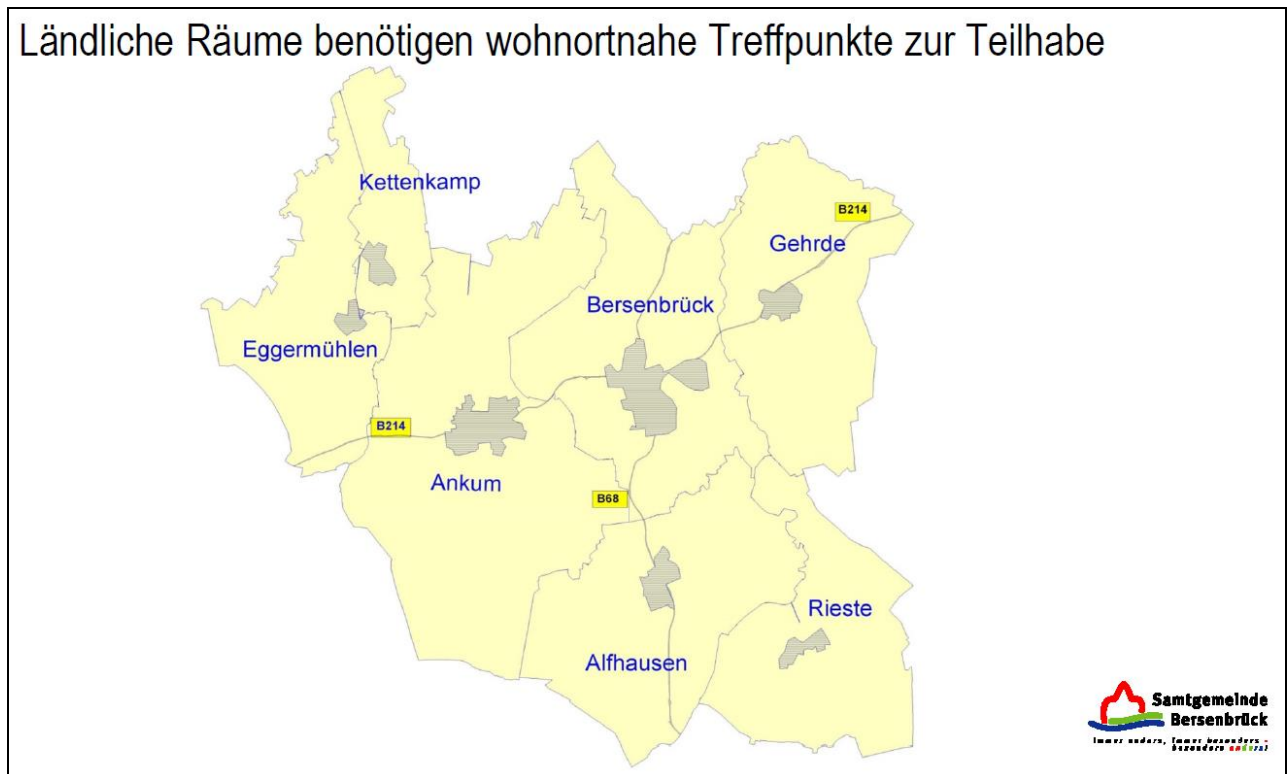
## Fluides Ehrenamt und Gemeinwesenarbeit

### Anhörung

#### Gabriele Linster

Koordinatorin für die Dorf- und Bürgertreffs der Samtgemeinde Bersenbrück

**Gabriele Linster:** Die Samtgemeinde Bersenbrück liegt im ländlichen Raum. Bersenbrück, die größte Gemeinde und einzige Stadt der Samtgemeinde, hat - das kann man sich in Hannover wahrscheinlich gar nicht vorstellen - 8 000 Einwohner. Alle anderen Gemeinden sind Dörfer mit sehr viel Wald und Wiesen.



Mobilität ist ein großes Problem. Genau aus diesem Grunde benötigen ländliche Räume wohnortnahe Treffpunkte.

Wir in Bersenbrück haben vor acht Jahren mit dem Thema Freiwilligenarbeit angefangen: Was

muss eine Kommune überhaupt machen, um sich in dieses Gebiet hineinzuarbeiten?

Wir wurden vom Land Niedersachsen gefördert, um eine Freiwilligenagentur aufzubauen.

## Freiwilligenagentur

- Unbegrenzte Themenvielfalt für ehrenamtliches Engagement
- Projekte und Ideen anstoßen und umsetzen durch hauptamtliche Begleitung
- Gewinnung von Projektgeldern oder Fundraising unterstützen die Ehrenamtlichen
- Die FWA hat eine enge Vernetzung mit Verbänden, Vereinen und Organisationen kann so vermitteln, verbinden, anstoßen.
- Die FWA hat engen Kontakt in die Verwaltung und kann so schnell und unbürokratisch Fachkollegen\*innen in das Engagement einbinden.
- Die FWA kann sich stetig weiterentwickeln durch die Mitgliedschaft in der Lagfa und Bagfa, als „engagierte Stadt“ haben wir bundesweit gute Vernetzungsstrukturen.

Wir haben geschaut, was größere Städte machen, die schon lange eine Freiwilligenagentur haben. Ich habe beispielsweise in Osnabrück hospitiert. Das war für mich sehr inspirierend. Ich habe dann geschaut: Was davon kann ich im ländlichen Raum umsetzen?

Eine Freiwilligenagentur bietet unbegrenzte Möglichkeiten. Sowohl fluides als auch stationäres Ehrenamt geht über die Freiwilligenagentur.

Projekt und Ideen, die wir über LAGFA, die bagfa und andere Institutionen bekommen - ich arbeite ganz eng auch mit der BaS und der BAGSO zusammen -, können wir über die Freiwilligenagentur steuern und somit entsprechende Projekte in unsere Samtgemeinde holen.

Vor Ort haben wir eher das fluide Ehrenamt: Menschen gucken, wie sie sich einbringen können, und werden in Projekten aktiv. Das traditionelle, stationäre Ehrenamt stagniert oder nimmt ab.

Als wir in Bersenbrück die Freiwilligenagentur implementiert hatten, erkannten wir, dass viele neue Ehrenamtliche gerade in den Ruhestand getreten waren. Gleichzeitig zeigte sich bei uns: Es wäre sehr sinnhaft, nicht nur das Ehrenamt mit den älter werdenden Menschen zu verknüpfen, sondern generell die Seniorenarbeit zu organisieren. Das lässt sich nicht voneinander abgrenzen. Deswegen habe ich es auch in diese Präsentation aufgenommen.



Der Bereich „Begleitung und Unterstützung“ ist ein wichtiger Bestandteil der Seniorenarbeit. Da passiert vieles im Ehrenamt. Sie alle kennen wahrscheinlich die Duo-Partner. Die Samtgemeinde Bersenbrück ist seit 2016 vom Niedersächsischen Landesamt zugelassen; wir dürfen AZUAs abrechnen. Das heißt, wir dürfen mit unseren Ehrenamtlichen in die Häuser gehen und dort die Unterstützung bieten, die gesucht wird. Durch ehrenamtliche Demenzbegleitung entlasten wir die Angehörigen. Wir bieten Fahrdienste sowohl mit dem Auto als auch mit einem Bus, der uns von einer Stiftung gespendet wurde. Auch das läuft komplett mit ehrenamtlichen Rentnern - in diesem Fall nur Männern.

Im Bereich „Beratung und Auskunft“ spielen Hauptamtliche die größte Rolle, auch wenn wir die Wohnberatung teilweise ehrenamtlich machen.

Im Bereich „Bildung und Lernen“ sind wir in allen Programmen aktiv, die das Land Niedersachsen uns bietet: Digitalisierung, Dorfmoderation, Integrationslotsen, Ehrenamtslotsen. Diese Programme haben viel mit älter werdenden Menschen zu tun, die im Ruhestand richtig Zeit haben, sich schulen zu lassen und sich zu engagieren.

Zum Bereich „Miteinander und Füreinander“ gehören ehrenamtlich geführte Bewegungsgruppe, aber auch Besuchsdienste in Pflegeheimen und Krankenhäusern.

Unsere Freiwilligenagentur wurde 2014 gegründet. 2016 haben wir ein wunderbares Plateau im Rahmen der Seniorenarbeit gefunden. Glücklicherweise habe ich dann aber die Kolleginnen und Kollegen von der sozialen Stadtentwicklung in Hannover kennengelernt und deren Projekt Quartiersmanagement nach Bersenbrück geholt.

# Gemeinwesenarbeit

## Aufbau von Dorf- und Bürgertreffpunkten in der ländlichen Region

- Hilfe zur Selbsthilfe / Gehstruktur / Bürgerwille
- Neutralität
- Kostenfrei
- Vor Ort
- Für den Ort
- Mit bekannten Bürger\*innen
- Teilhabe aller Generationen (jung und alt zusammen)
- Seniorenversorgung
- Gesundheitsförderung

Mit Förderung des Landes haben wir in vier Gemeinden einen Dorftreff aufgebaut. Das ist das Nonplusultra.

Das läuft ganz anders, als wir es uns vorgestellt haben. Natürlich haben wir gewusst, was wir uns wünschen. Aber wir sind nicht davon ausgegangen, dass sich das so schnell so krass entwickelt.

2018 habe ich den ersten Dorftreff aufgemacht, in einer 2 800-Seelen-Gemeinde. Das ist quasi unser Prototyp. Da habe ich zwei 450-Euro-Kräfte, beide auch schon Rentner, die alles, was man sich vorstellen kann, in den Dorftreff holen: Vereine, Verbände, Institutionen. Von der Babysmassage bis zur Hospizarbeit läuft da alles. In dem Dorf gibt es keinen Lebensmittelladen, keine Kneipe mehr. Es gibt jetzt nur noch den Dorftreff. Der wird wahnsinnig frequentiert und braucht nur ein ganz bisschen Begleitung, weil er sonst von der Bürgerschaft genutzt wird.

Das war für uns der Ansporn, zu fragen: Wer möchte noch? - Dann haben sich drei weitere Bürgermeister bereit erklärt. Einen Anteil müssen ja die Gemeinden finanzieren.

Die größte Herausforderung war definitiv die Stadt Bersenbrück, weil wir da - das kennen wahrscheinlich auch Sie - einfach keine Räumlichkeiten gefunden haben, die im Rahmen der Förderung finanzierbar waren. Wir hatten 400 Euro für Miete zur Verfügung, außerdem ein Startkapital für Investitionen. Aber es war ganz schwer.

Dieser Bürgertreff - so muss er heißen, weil Bersenbrück den Status einer Stadt hat; die Bersenbrücker möchten keinen Dorftreff - ist jetzt schon zweimal umgezogen. Mit dem letzten Umzug im Sommer dieses Jahres sind wir in eine Räumlichkeit mitten in der Stadt gekommen, direkt an der Hauptstraße, direkt gegenüber der AOK. Besser kann es gar nicht sein. Die Räume sind sehr groß, und die Leute nutzen den Bürgertreff von morgens bis abends. Auch an Wochenenden wird er von Gruppen genutzt.

Aufgrund der Größe des Ortes und der Bewohnerstruktur arbeiten dort zwei Halbtagskräfte, also keine 450-Euro-Kräfte. Das braucht man bei dieser Größenordnung auch.

Schwerpunkt der Dorftreffs ist Hilfe zur Selbsthilfe. Die Bürgerinnen und Bürger sollen miteinander ihre Dinge in den Dorftreffs umsetzen können.

Ganz wichtig ist die Neutralität der Dorftreffs. Wir haben dort jegliche Kultur, jegliche Generation.

Die Nutzung ist kostenfrei. Dadurch kommen auch Menschen, die sich z. B. einen Cafésbesuch nicht leisten könnten und die auch nicht an einem Mittagstisch teilnehmen, der - wenn er günstig ist - 4 bis 5 Euro kostet. Bei uns ist es wirklich komplett kostenfrei. Keiner der vier Dorftreffs hat je ein Minus gemacht, obwohl alles immer kostenfrei ist. Wir haben immer noch Reserven, um den nächsten Mittagstisch kochen zu können. Bei zwei dörflichen Mittagstischen kochen die Teilnehmer auch selber mit.

Mein Credo ist: vor Ort, für den Ort - das brauchen die Menschen.

Man kennt sich. Gerade die älteren Leute, die einen neutralen Treffpunkt suchen, sind oft in dem Ort groß geworden. Aber wenn auch Zugezogene dazukommen möchten, ist die Offenheit sehr groß - viel größer, als wenn man ziemlich reserviert in einem Café oder in einer Kirchengemeinde sitzt. In den Dorftreffs hat man eine ganz andere Freiheit im Umgang.

### Bilder aus der Arbeit Leseclub



Dieses Bild zeigt ein Projekt, über das ich mich sehr gefreut habe: den Leseclub. Wenn Sie schon häufiger über das Ehrenamt gesprochen haben, kennen Sie das wahrscheinlich.

Dazu habe ich erfolgreich einen Antrag an die Stiftung Lesen gestellt. Es gibt nur knapp 400 Leseclubs in Deutschland. Für die kleine Stadt Ber-

senbrück ist das ein wahnsinniger Gewinn. Der Club wird nicht finanziell unterstützt, aber Bücher, CDs, sogar ein iPad und einen Laptop bekommen wir kostenfrei zur Verfügung gestellt. Wir können somit richtig toll arbeiten.

Um solche Projektanträge zu schreiben und Mittel einzuwerben, braucht man eine Freiwilligenagentur.

### Palettengarten



Die Dorftreffs hat es schon vor Corona gegeben, und die ehrenamtliche Arbeit ist auch in der Corona-Zeit nie eingeschlafen. Die Menschen hielten Kontakt, mit Maske und zurückhaltend. Auch als die Treffs geschlossen werden mussten, haben sie weitergemacht: Sie haben sich draußen auf der Straße getroffen.

### Waldbingo in Corona - Zeiten



Über die Schaufenster geschlossener Geschäfte haben wir ein Bingo-Spiel organisiert - eine gute Idee, sich auf Abstand zu treffen. Die Kinder waren immer ganz glücklich, wenn sie uns die Eierkartons gefüllt zurückbringen konnten.

So schlimm Corona auch ist: In der Samtgemeinde Bersenbrück sind die Menschen zusammengewachsen, weil sie tragfähige Ehrenamtsstrukturen hatten. Man hatte festen Stand und wusste

voneinander, über Telefonketten, über WhatsApp-Gruppen. Selbstgebastelte Kerzen wurden von Haustür zu Haustür gebracht, mit einem netten Spruch. Ehrenamtliche haben das begleitet. Es wurde ein Büchlein erstellt, mit Corona-Sprüchen, -Schimpfwörtern und allem, was dann so kam. „Corona in Versen“ wurde sogar im ZDF kurz eingespielt.

## Offenes Frühstück



So gemütlich ist es in einem Dorftreff. Viele Leute sagen: Das ist mein zweites Wohnzimmer. Die Gruppe der multikulturellen Frauen kommt unheimlich gerne, weil sie sich geschützt fühlt, weil in der Zeit keine Männer da sind.

Die Flüchtlinge, die uns zugewiesen wurden, und ihre Kinder können dort frei miteinander sprechen, weil Menschen aus der gleichen Region sich dort treffen können. Sie könnten sich ja sonst nur in ihren Haushalten treffen. Ins Restaurant würden die eher nicht gehen.

Mein Büro ist an den Flur des Sozialamtes ange-dockt. Die Menschen, die dorthin kommen, würden sie sonst nicht wirklich treffen können. Das ist schon klasse.

## Die Bürgermeister\*innen



Frau Tiemann, ich denke, Sie haben dieses Spiel schon bei der LAG gesehen. Bersenbrück gehörte zu den ersten Kommunen, die es spielen durften.

Ich habe dieses Bild mitgebracht, um Ihnen allen zu sagen: All diese Arbeit kann man nur machen, wenn man politischen Rückenwind hat. Wenn man in einer Kommune ein Freiwilligenbüro aufmacht, nur weil es „nice to have“ ist, dann funktioniert es nicht. Wenn der Bürgermeister sich nicht engagiert, dann funktioniert das nicht.

Aber sehen Sie, wie schön Politik sein kann! Dieses Spiel ist einfach genial. Wir haben es bei uns im Schlossgarten gespielt.



## Fazit

Ehrenamtliches Engagement braucht die Unterstützung durch Hauptamt. Die Bürgermeister\*innen der Gemeinden sind hier wesentliche Entscheider, sie müssen sich für das Ehrenamt stark machen und durch ihre Entscheidungen Engagementförderung möglich machen. Um die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement zu verbessern braucht es nicht nur Hauptamt sondern vor allem auch Orte/ Treffpunkte in denen Bürger\*innen zusammen kommen können. Neutral, kostenfrei, niedrigschwellig. Dann entsteht Ehrenamt von ganz allein.

Mein Fazit:

Ehrenamtliches Engagement braucht Unterstützung durch das Hauptamt. Es geht nicht anders. Zum Beispiel für die Verwendungsnachweise, die für jedes Projekt geschrieben werden müssen, braucht es Kollegen aus der Verwaltung. Das machen nicht die Sozialarbeiter oder die Gemeinwesenarbeiter.

Die Bürgermeister sind wesentliche Entscheider. Sie müssen sich für das Ehrenamt starkmachen. Das tun sie manchmal ein bisschen zögerlich, weil es eben auch Geld kostet. Gerade nach Corona ist es finanziell schwierig, alles zu halten.

Um die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern, brauchen wir wohnortnahe Möglichkeiten. Was die LAG uns bietet, ist der Sechser im Lotto. Dadurch hat man viel mehr miteinander.

Je niedrigschwelliger der Treffpunkte sind, desto angenehmer ist es für die Bürger, desto weiter kommen wir.

Wir sind zu allen Schandtaten bereit. Nächste Woche mache ich z. B. Seniorenfrage. Dafür muss ich 3 600 Menschen über 70 anschreiben. Dann kommen ein paar Ehrenamtliche und helfen mir beim Eintüten.

Es ist wirklich menschlicher geworden. Das muss ich deutlich sagen. Für mich hat das Ganze auch

etwas mit Demokratie zu tun. Man kann sich ganz anders miteinander austauschen, wenn man solch einen heimeligen Ort hat, an dem man reden kann.

Danke schön, dass Bersenbrück sich vorstellen durfte.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Sie haben von 450-Euro-Kräften und Halbtagskräften gesprochen. Wie viel Hauptamt haben Sie für Ihre Treffs?

Um eine Freiwilligenagentur zu gründen, braucht es ein politisches Bekenntnis dazu, und für die Förderung braucht es einen Antrag.

Sie sagten, dass es Ihnen schwerfiel, Räumlichkeiten in Bersenbrück zu finden. Wie ist die Nutzung der Örtlichkeiten für die verschiedenen Angebote geregelt? Wer hat da die Schlüsselgewalt?

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Frau Linster, Sie waren selber überrascht davon, wie schnell sich die Dorftreffs entwickelt haben. Wer sind da die Motoren? Für solch einen Treff braucht man doch jemanden vor Ort, der mit hohem Einsatz dabei ist. Das können Sie nicht alles alleine leisten. Sie können nur ein Katalysator sein, eine Ermöglicherin. Wie finden Sie solche Kümmerer vor Ort?

Sie sagten, dass von den Bürgermeistern erst einmal Bedenken kamen, weil solch ein Treff et-

was kostet und unklar ist, was dabei herauskommt. Das kann ich gut nachvollziehen; ich bin selber Kommunalpolitiker in Osnabrück.

Was für weitere Widerstände gibt es? Aus der Diskussion in der Enquetekommission weiß, dass viele Leute die Vorstellung haben: Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement sind auf dem Dorf nicht so wichtig; denn auf dem Dorf ist die Ehrenamtswelt noch in Ordnung.

Ich habe den Eindruck, dass Sie doch andere Erfahrungen machen und auch vor Herausforderungen stehen. Die Mobilität und auch die Anonymität hat auch auf den Dörfern zugenommen. Nachbarschaftliche Hilfe ist nicht mehr so selbstverständlich wie früher. Es ist wichtig, diese Widerstände zu überwinden. Auch auf dem Dorf müssen wir uns systematisch und professionell diesen Themen stellen.

Auch mich interessiert, wie viel Hauptamt investiert werden muss, um ein gewisses Volumen an Ehrenamtlichkeit zu heben.

Wie wichtig sind für Sie die Landesstrukturen, die Netzwerkarbeit in der LAGFA?

**Gabriele Linster:** Jeder Dorftreff braucht Hauptamt.

Für den Bürgertreff in der Stadt Bersenbrück habe ich zwei Halbtagskräfte. Diese Lösung hat den Vorteil, dass man bei Erkrankung oder Urlaub Ersatz hat. Für die gemieteten Räumlichkeiten in Bersenbrück haben wir 30 Schlüssel. Jeder Ehrenamtliche, der eine Schachgruppe oder einen Gesangverein leitet, bekommt einen Schlüssel. Er bestätigt das durch Unterschrift, und dann war es das.

In Rieste, einer mittleren Gemeinde, war übrigens die Suche nach einer Location noch schwieriger. Dann haben wir aber eine tolle Lösung gefunden: Wir konnten von dem Landmaschinenhersteller Kotte ein Ausstellungsgebäude bekommen, in dem früher Güllewagen und Trecker gezeigt worden waren. Dieser Raum war durch einen Neubau ersetzt worden und stand sechs Jahre leer, bis er in den Dorftreff umgewandelt wurde. Der Bauhof hat eine Wand eingezogen und die 400 m<sup>2</sup> halbiert.

Fast alles Weitere wurde ihm Ehrenamt aufgebaut. Die Küche haben wir geschenkt bekommen, und sie wurde ehrenamtlich aufgebaut. Die Vorhänge wurden ehrenamtlich genäht. Der in der

ganzen Samtgemeinde tätige Fensterputzer hat uns die Fenster geputzt, er hat Staub und Dreck von sechs Jahren beseitigt. Nur für den Wasseranschluss haben wir jemanden kommen lassen müssen.

Auch in Rieste habe ich zwei Halbtagskräfte, weil es angesichts der Nutzerstruktur sonst zu viel würde. Zum Mittagstisch kommen da in der Regel 22 oder 23 Leute. Man braucht schon viel Ehrenamt, um die überhaupt bekochen zu können. Das funktioniert hervorragend: Es ist eine hauptamtliche Kollegin da, und der Rest wird vom Ehrenamt gewuppt.

Ehrenamt in der Gemeinwesenarbeit entwickelt sich anders. Oft kommen die Menschen beispielsweise einfach zum Frühstück und merken dann, dass sie etwas anbieten können. Dann fragen sie: Kann ich das vielleicht machen?

Seit letzter Woche haben wir z. B. jemanden, der einen Englischkurs für über 60-Jährige gibt. Es ist ein Engländer, der vor vielen Jahren nach Deutschland gezogen ist. Er ist jetzt 80 Jahre alt und hat unseren Dorftreff eigentlich zum Frühstück besucht. Dann hat er gleich eine Gruppe um sich gesammelt, der er jetzt Unterricht gibt.

So entwickelt sich das Ehrenamt flüder. Es entwickelt sich wirklich jeden Tag neu. Mit unserer Freiwilligenagentur ergeben sich Zahlen, die man sonst in einer Samtgemeinde mit 30 000 Einwohnern nicht finden könnte und die es früher auch in der Samtgemeinde Bersenbrück nicht gab.

Natürlich habe ich auch Leute, die traditionelle Ehrenämter wahrnehmen, z. B. den Besuchsdienst.

Mit unseren Gruppen, die Ü-60-Aktionen machen, haben wir im Landeswettbewerb „Perspektiven Ü 60“ den ersten Platz gemacht. Bei einem Frühstück im Bürgertreff entstand die Idee, von dem Preisgeld eine Rikscha zu kaufen. Innerhalb kürzester Zeit meldeten sich fünf, sechs Leute als Rikschafahrer. Das brauchten wir gar nicht stark zu bewerben. Das Ehrenamt entsteht einfach durch Gespräch, durch Miteinander.

In den kleinen Gemeinden habe ich 450-Euro-Kräfte.

Für die vier Dorftreffs haben wir insgesamt neun Kollegen eingestellt. Dabei ist uns die Ausbildung gar nicht so wichtig, sondern die Empathie und

die Freude am Miteinander. Und es funktioniert wirklich richtig gut.

Die Frage ist natürlich, wie nachhaltig das ist und wie man so etwas auch für die anderen drei Dörfer umsetzt, die aufgrund des Erfolges jetzt auch einen Dorftreff haben wollen. Wir gucken immer schon, wo wir die aufbauen könnten. Aber das Geld fehlt ja auch noch. Also sind die Bürgermeister - es sind jetzt nur noch Herren - aufgerufen, zu überlegen, ob sie das zu 100 % aus dem Gemeindegeld machen können.

Über den Tellerrand zu gucken, Herr Bajus, ist das Wichtigste überhaupt. Ohne Netzwerk läuft eigentlich gar nichts. Im Landkreis Osnabrück gibt es 13 Freiwilligenagenturen. Wir treffen uns regelmäßig und versuchen, uns gegenseitig zu unterstützen und Dinge voranzutreiben. Bei der einen Kommune klappt das besser, bei der anderen weniger gut. Aber dieses Zusammenspiel ist schon sehr wichtig.

Förderung über die LAG in die Gemeinde holen kann man nur, wenn man einen guten Vorlauf hat, wenn man ein Plateau hat, auf das man aufbauen kann. Wenn man von jetzt auf gleich irgendetwas machen will, kommt der Förderantrag nicht durch.

Am wichtigsten ist die Vernetzung der Gemeinwesenarbeit innerhalb des Hauses, mit der Gleichstellungsbeauftragten, mit Schulen, Kitas. Wir haben beispielsweise das Netzwerk Familien, den Präventionsrat, eine Senioren-AG - Vernetzung mit allem, was das Leben der Bürger betrifft und wofür Hauptamtlichkeit im Rathaus vorhanden ist - Sozialarbeit, Wohngeld, Integration, was auch immer. Die Integrationsbeauftragte unseres Hauses ist natürlich auch in den Dorftreffs präsent. Sie weiß, wer im Winter warme Kleidung braucht. Dann machen wir im Dorftreff eine Kleiderbörse. Ohne Vernetzung geht es nicht.

Gemeinwesenarbeit zeichnet die Kommunen aus, die sie sich leisten. Freiwilligenagentur, Seniorenarbeit und Gemeinwesenarbeit sind leider immer noch keine Pflichtaufgaben, sondern nur Möglichkeiten. Das Land finanziert zum Glück sehr viel.

Eine Kommune, die sich Gemeinwesenarbeit leisten, drückt damit große Wertschätzung gegenüber den Bürgern aus.

Auch in den Dörfern kennt man nicht mehr jeden. Die Nachbarn rechts und links sind weggestorben, die Kinder arbeiten in der Stadt. Es ist kein

Versorger mehr da. Wir brauchen Gemeinwesenarbeit auch, um die demografische Entwicklung in den Griff zu kriegen.

**Insa Lienemann:** Ich habe einen großen Schwerpunkt auf dem Engagement der Senioren wahrgenommen. Treffen sich in den Dorftreffs auch Kinder und Jugendliche?

**Gabriele Linster:** Ja. Ich habe ja das Bild vom Leseclub gezeigt.

Der Schwerpunkt bei den Senioren liegt daran, dass ich bei der Samtgemeinde Bersenbrück nicht nur für die Freiwilligenagentur und die Gemeinwesenarbeit zuständig bin, sondern auch für die Seniorenarbeit. Ich mache z. B. auch Pflegeberatung.

Kindergärten und Schulen dürfen in die Dorftreffs kommen. Die Dorftreffs haben da unterschiedliche Angebote: einen Leseclub, einen Lego-Club usw. Die Angebote sind nicht überall gleich, sondern entstehen auf Wunsch und durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Es gibt auch einen Kinderchor, eine Krabbelgruppe, sogar Geburtsvorbereitungskurse. Mütter, deren Kinder noch nicht in die Tagespflege oder in die Kita gehen, treffen sich einmal in der Woche im Dorftreff.

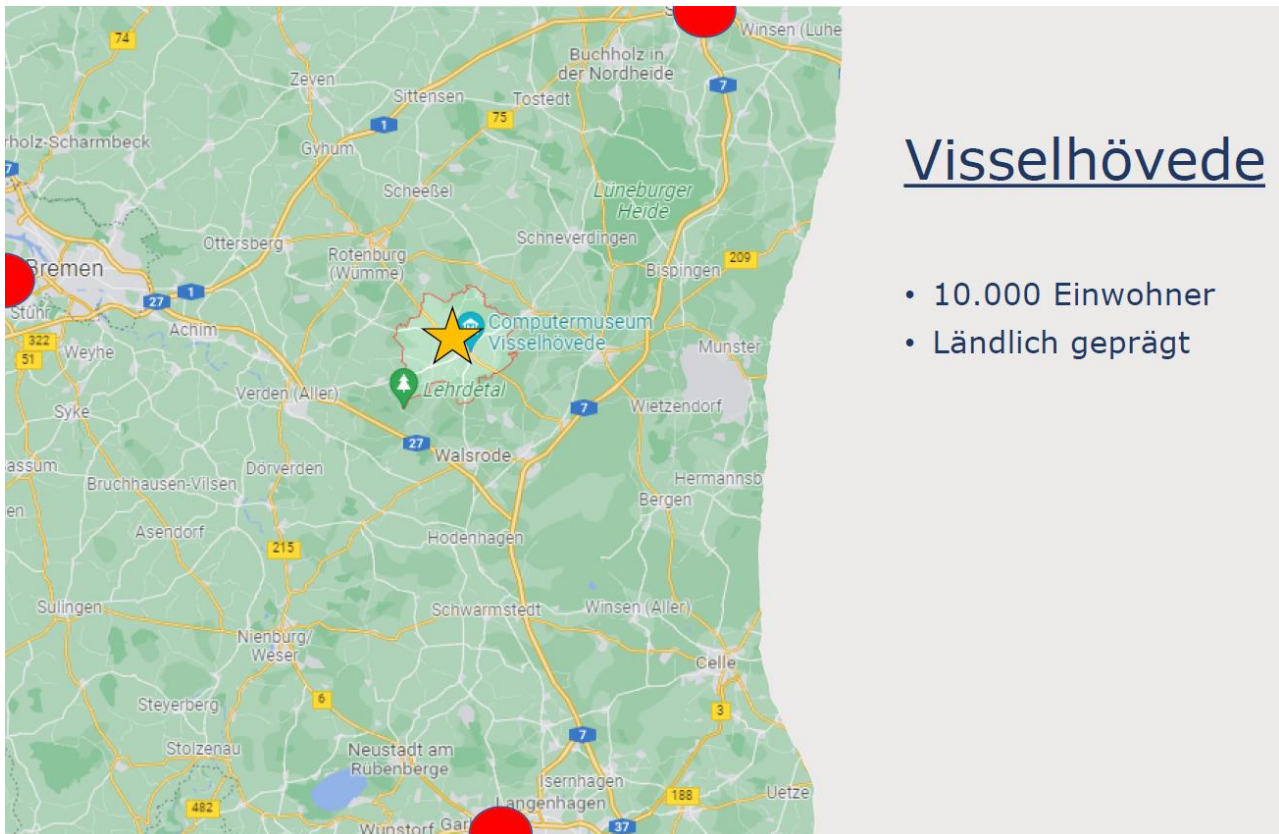
Doch, es wird jede Generation „bespielt“.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Vielen Dank! Unsere herzlichsten Grüße in die Stadt Bersenbrück!

#### **Christian Oddoy**

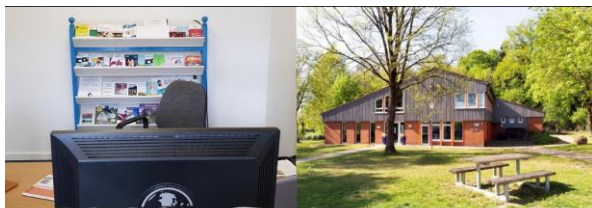
Gemeinwesenarbeit Stadt Visselhövede

**Christian Oddoy:** Visselhövede ist eine Kleinstadt im ländlichen Raum im Dreieck Bremen-Hamburg-Hannover. Die Kernstadt hat 5 000 Einwohner, die Dörfer im Umland noch einmal 5 000. Wie Bersenbrück besteht auch Visselhövede darauf, eine Stadt zu sein.



Auch wir werden von der LAG gefördert. Ich selber bin Mitarbeiter des Bildungsträgers DAA - Deutsche Angestellten-Akademie -, bin aber für den Präventionsrat tätig und unterwegs. Der Präventionsrat ist ein loses, sehr fluides Gremium, das sich Gedanken um soziale Themen in Visselhövede macht.

Die Arbeitslosigkeit in Visselhövede ist relativ groß. Auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt ist relativ groß. Viele kommen wegen SGB-II-Themen zu mir, weil sie Anträge stellen wollen oder ihnen das Geld knapp wird. Ich helfe ihnen so schnell wie möglich weiter. Ein weiteres häufiges Thema ist die Wohnungssuche.



**Zentrale Anlaufstelle**

- Wünsche, Probleme & Ideen
- Häufig: SGB II & Wohnungssuche

Eine meiner Tätigkeiten ist die zentrale Anlaufstelle in unserem schönen Haus der Bildung. In dieser Funktion bin ich Ansprechpartner für alle Einwohner der Stadt Visselhövede einschließlich der umliegenden Dörfer. Sie dürfen in allen Lebenslagen, mit allen Angelegenheiten zu mir kommen. Ich muss dann wissen, wer besser weiterhelfen kann als ich. So ergeben sich häufig Einzelgespräche. Ich versuche, die Atmosphäre locker und informell zu halten. Denn das informelle Gespräche ist eine wichtige Methode, um die Zunge im positiven Sinne zu lockern.

Jetzt komme ich zum Kernpunkt meiner Arbeit, der Projektarbeit.



Frau Linster hat es schon gesagt: Ehrenamt entsteht aus sich selber heraus. - Der Grundstein für diese Dynamik - das kann ich nicht oft genug betonen; Herr Holsten kennt das - ist das Netzwerk. Eigentlich ist es ganz banal: Man muss sich erst einmal kennen. Wenn man sich erst einmal wohlfühlt, dann ist es ziemlich einfach.

Deswegen ist es so wichtig, verschiedene Menschen um einen Tisch zu versammeln. Corona hat noch einmal gezeigt, wie wichtig das ist.

Man muss die Deutschen dabei aber ein bisschen an die Hand nehmen. Eine Syrerin hat mir gesagt: Gemeinwesenarbeit brauchen wir eigentlich nicht, wir kennen uns ja alle. - Bei uns ist die Struktur ein bisschen vereinzelter. Aber wir können das genauso, wenn wir uns kennenlernen.

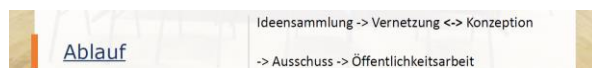
Unten rechts auf dem Bild sehen sie beispielhaft einige Partner unserer Projektarbeit: den Präventionsrat, die DAA, die Stadt Visselhövede, die Rotenburger Werke, „Vissel for Future“, der Kneipp-Verein und SIMBAV, ein Verein für junge Familien.

Wer ehrenamtlich tätig ist, ist meist auch organisiert. Menschen, die nicht in einer Organisation sind, sind schnell wieder weg. Aber wer schon in einer Organisation ist, ist leicht für ein neues Projekt zu gewinnen. Davon haben wir genug.



Zum Netzwerk gehören Organisationen und Parteien, die Verwaltung, Privatpersonen außerhalb der Organisationen und die Presse.

Wir machen ungefähr 25 Projekte, große und kleine. Drei Beispiele habe ich mitgebracht.



Bevor ich zu den Beispielen komme, zunächst etwas Abstraktes zum Ablauf:

Am Anfang steht ein Vorschlag, z. B. vom Präventionsrat oder von „Vissel for Future“. Meist sind es bekannte Gesichter; dieses Phänomen werden Sie kennen. Als Gemeinwesenarbeiter nehme ich diese Bedürfnisse auf und arbeite ein Projekt aus.

Wir haben z. B. ein Projekt mit Fahrradwegen. Die Idee hatte ein Holländer. Der hat sehr viel zu kritisieren, was unsere Fahrradwege betrifft. In Holland ist da halt mehr möglich.

Wir waren dann erst einmal zu zweit, haben dann aber nach Kooperationspartnern gesucht, Ideen gesammelt, mögliche Partner vernetzt und ein Konzept entwickelt. Insbesondere im Bereich des

Strukturierens der Ideen bin ich beratend tätig. Die Ehrenamtlichen wollen immer jetzt gleich etwas machen. Aber das geht nicht. Die strukturiereten Ideen werden dann den Ausschüssen und der Öffentlichkeit präsentiert.



Meine Rolle in der Gemeinwesenarbeit ist: Ich bin der Ansprechpartner. Meine Aufgabe ist es, am besten über alle Projekte Bescheid zu wissen.

Ich bin Plattformgeber und Moderator. Im Haus der Bildung stehen mir Räumlichkeiten zur Verfügung. Ich Sorge für Kaffee, Tee und Kekse; es soll ja gemütlich sein. Dann kommen die Leute schon und fühlen sich wohl.

Ich berate, ich vernetze, und ich bin der Botschafter von Projekten in Ausschüssen oder anderen Organisationen.

Damit komme ich zu den Beispielprojekten.



Um die Dynamik zu verdeutlichen habe ich mir das Projekt Palettenlandschaft ausgesucht. Dabei sind die Rotenburger Werke, „Vissel for Future“, der Kneipp-Verein und der Präventionsrat.

Am Marktplatz von Visselhövede haben wir so etwas wie Urban Gardening gemacht: eine Palettenlandschaft, wo alles Mögliche wächst und wo man Früchte essen kann.

Da wurde mir klar, wie so etwas funktionieren kann. Da hatten erst einmal drei, vier Leute die Idee einer Palettenlandschaft. Dann machten die Rotenburger Werke und der Kneipp-Verein mit. Dann sitzt man am Tisch, dann lernt man sich kennen, und man merkt: Die Zusammenarbeit läuft, sie macht wirklich Spaß. - Dieses Erlebnis brauchen die Menschen.

Dann habe ich gefragt: Hättet ihr nicht Lust, alle zusammen etwas Festeres zu machen? - Seitdem ist ein Projekt im Haus der Bildung entstanden, alle unter einem Dach: die Rotenburger Werke, „Vissel for Future“, der Seniorenbeirat, der Präventionsrat, SIMBAV. Es soll ein Bürgerzentrum entstehen, in dem alle Organisationen mit ihren verschiedenen Zielgruppen - Senioren, junge Familien, Menschen mit Behinderungen, Ökos - vertreten sind. Da man sich permanent über den Weg läuft, entsteht das Ganze von selber. Die Umbauarbeiten laufen. Im Dezember soll die Einweihung sein. Das wird schön.

Der Bürgermeister, Herr Goebel, hat das Ding vorangetrieben. Wir brauchen den Rückenwind der Politik; das kann man nicht oft genug betonen.

Aus einem kleinen Projekt ist so ein großes entstanden, weil die Menschen gemerkt haben: Es macht einfach Spaß. Warum machen wir nicht noch mehr zusammen?



Unsere Paten für Familien mit Migrationshintergrund sind ein sehr erfolgreiches Modell für Integration.

Ehrenamtliche vom Präventionsrat haben sich als Paten für fünf Familien zur Verfügung gestellt, die aus Kolumbien, Syrien, Afghanistan und Pakistan nach Visselhövede gezogen sind. Jeweils zwei Paten begleiten eine Familie im Alltag. Vorher haben wir uns alle versammelt und kennengelernt.

Ich als Gemeinwesenarbeiter arbeite im Hintergrund. Ich kümmere mich um die Einbindung ins Netzwerk, um die Anbindung an den Migrationsdienst und um die Kontakte zu den Behörden, damit die Paten genau wissen, wie auftretende Probleme zu lösen sind.

Dieses Projekt geht nicht in die Breite, aber in die Tiefe. Die Paten haben engen Kontakt mit den Familien. Sie wissen einigermaßen, wie die Familien leben. Sie führen Gespräche und kennen die

Wehwehchen. Große Themen gerade in der Anfangszeit sind Arztbesuche und der Kontakt zu den Schulen. Da liegt wirklich vieles im Argen. Über die Paten lernen sich die Familien kennen.

Das Bild entstand auf einer Grillparty. Dazu ist gekommen, weil die Familien sehr großzügig mit Zucker umgegangen sind. Zucker ist für sie nicht nur süß, sondern auch eine Frage des Status. Wir haben dann Frau von-der-Burg vom Gesundheitsamt gebeten, etwas zum Thema Zahngygiene zu machen. Sie hat gesagt: Ich mache gerne eine spielerische Aufklärung, aber nur im Rahmen einer Veranstaltung. - So kam es zu dem Grillfest. Die Familien haben sehr lecker gekocht.

Diese Familien nehmen jetzt auch an Deutschkursen teil. Unsere Deutschkurse waren noch nie so gut besucht. Diese Familien sind angebunden und eingebettet. Ich kann dieses Patenmodell nur empfehlen.



Mein großes Ziel als Gemeinwesenarbeiter in Visselhövede ist Demokratie. Die meisten haben bei diesem Stichwort nur die Wahlen im Kopf. Die Wahlen sind wichtig, aber hier hatte ich ein Schlüsselmoment in Sachen Barrierefreiheit.

Das ist der Marktplatz in Visselhövede, noch ohne Palettenlandschaft. Was meinen Sie, wie ist der Marktplatz für Rollstuhlfahrer?

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Das Kopfsteinpflaster ist für Rollstuhlfahrer ganz furchtbar. Nach kürzester Zeit haben sie ein Schüttelsyndrom. Ich kann jedem, der in irgendeiner Form über das Thema Barrierefreiheit nachdenkt, nur raten, sich selber einmal im Rollstuhl durch die eigene Stadt fahren zu lassen. Dann bekommt das Wort Barrierefreiheit eine ganz andere Dimension. Dann kennt man jeden Kantstein, jede Erhöhung - und das wunderbare historische Kopfsteinpflaster, das es in vielen niedersächsischen Städten gibt und einen wirklich gemütlchen Eindruck macht, aber eigentlich nicht in Ordnung ist.

Links auf dem Bild ist auch noch ein Riesenabsatz zu sehen. Da hinauf kommt man selbst mit dem Kinderwagen kaum.

**Christian Oddoy:** Genau das ist der Punkt. Wer keine Ahnung von Barrierefreiheit hat, sagt vielleicht: Der Platz ist doch super, was wollen die denn schon wieder? - Bei aller Empathie und allem Wohlwollen habe ich keine Ahnung, wie sich Rollstuhlfahrer fühlen.

Eines Tages tagte der Bauausschuss in dem mit einem Pfeil bezeichneten Raum. Das Thema war Barrierefreiheit; ich hatte eine Arbeitsgruppe mit Rollstuhlfahrern gegründet. Wir haben auf die glatten Steine ganz rechts hingewiesen und gesagt: Ein Übergang über den Marktplatz aus solchen Steinen wäre nicht schlecht. Dann kann man sich das Schütteltrauma vielleicht sparen.

Ich wusste, das Rathaus würde sich dagegenstellen. Ich will keine Parteien oder Namen nennen, aber ich wusste, das ist der Verwaltung viel zu teuer. Am liebsten wollte sie, dass ich selber sage, dass sich das eigentlich nicht lohnt. Die Rede war von 30 000 Euro.

Ich habe mich in einen Rollstuhl gesetzt und bin über den Platz gefahren, und für mich war es tatsächlich nicht so schlimm. Dann habe ich aber gesagt: Für viele Rollstuhlfahrer ist es ganz anders; denn wir können unseren Körper anspannen, und das können viele Rollstuhlfahrer nicht.

Also habe ich zwei Rollstuhlfahrer angerufen, die dann zur Sitzung des Bauausschusses gekommen sind. Das hat das ganze Ding gekippt. Weil zwei Rollstuhlfahrer in der Sitzung zu Gast waren, konnten die Politiker einfach mit ihnen sprechen. Das hat eine ganz andere Dynamik ergeben. Im Ergebnis wurde nicht nur beschlossen, einen Übergang über den Marktplatz glatt zu pflastern, sondern auch die Bushaltestelle und den Hintereingang des Bahnhofs.

- Demokratie = Wahl und Beteiligung
- Politik & Zielgruppe im Ausschuss
- Community Organizing
- Bottom up -><- Top Down

Für mich ist klar: Politik ist nicht nur Teilnahme an der Wahl, sondern auch Mitgestaltung der Stadt

durch Beteiligung. Das ist vielen gar nicht bewusst. Aber so funktioniert Demokratie.

Mein Wunsch ist, Zielgruppen in die Ausschüsse zu bringen, so wie ich es damals mit den Rollstuhlfahrern gemacht habe. Wir sind gerade dabei, einen Jugendrat zu bilden, der dann ein beratendes Mitglied in den Sozialausschuss entsenden soll. Die Politik meint es oft gut, aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Dann wird der Politik wieder Böses unterstellt oder gesagt: Die machen wieder, was sie wollen.

Das Rathaus dient nicht nur der Zierde. Da kann man auch etwas machen. Die Aufgabe des Gemeinwesenarbeiters ist es, Interessengruppen zusammenzubringen und sie einzuladen, an Ausschusssitzungen teilzunehmen und dort etwas vorzustellen. Dann ist auch die Presse da, und dann muss auch die Kommunalpolitik Stellung nehmen. Dann treffen sich „bottom up“ und „top down“.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Sie sprachen von der Anbindung an den Migrationsdienst. Können Sie erklären, wie das bei Ihnen aussieht?

Abg. **Markus Brinkmann** (SPD): In meiner Stadt Sarstedt gibt es eine Gleichstellungsbeauftragte, einen Jugendpfleger, einen Klimaschutzbeauftragten, eine Stadtmanagerin usw. Wie grenzt sich ein Gemeinwesenbeauftragter eigentlich von all diesen Personen und Einrichtungen ab? Wenn ich für einen Gemeinwesenbeauftragten in Sarstedt werben möchte, welche Argumente würden Sie mir dafür an die Hand geben?

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Ich möchte die Frage wiederholen, die ich vorhin Frau Linster gestellt haben: Wie wichtig ist es, über den Tellerand hinauszuschauen, sich zu vernetzen, Unterstützung von der Landesebene zu bekommen und in benachbarte Freiwilligenagentur hineinzuschauen?

**Insa Lienemann:** Wie sind die Kulturakteure an Ihr Netzwerk angedockt?

**Christian Oddoy:** Der Migrationsdienst ist ein Projekt des Diakonischen Werks. Da gibt es Menschen, die Flüchtlingen und anderen Menschen mit Migrationshintergrund helfen, z. B. in Sachen Asylbewerberleistungsgesetz oder im Umgang mit der Ausländerbehörde, aber auch in Bezug auf Wohnungssuche und Familiennachzug. Wir haben organisiert, dass der Migrationsdienst und die Paten sich kennenlernen. Bei Bedarf können

die Paten den Migrationsdienst anrufen. Diese Möglichkeit wird oft in Anspruch genommen, weil viele Kleinigkeiten zu regeln sind und der Migrationsdienst das Know-how hat. Gerade Arztbesuche waren immer wieder ein Thema.

Herr Brinkmann, Sie fragten nach Argumenten für die Gemeinwesenarbeit. Ich habe Philosophie studiert. Richard David Precht hat einmal gesagt: Ein Philosoph kann nichts wirklich richtig, aber er hat immer ein bisschen Ahnung. Er verbindet die Inseln der verschiedenen Fachbereiche.

Genau das macht die Gemeinwesenarbeit. Anders als eine Gleichstellungsbeauftragte oder eine Umweltbeauftragte hat der Gemeinwesenarbeiter kein festes Thema. Seine Aufgabe ist das Zusammenführen. Dieses Zusammenführen führt zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit. Das Vorhandene wird dann noch besser. Die Dynamik und die Qualität der Zusammenarbeit erreichen einfach ein höheres Level.

Das ist mein Hauptargument: Durch eine Gemeinwesenarbeiterin oder einen Gemeinwesenarbeiter steigern Sie die Qualität eindeutig. Visselhövede ist der Beweis dafür.

Frau Lienemann, im Moment bedienen wir soziale Themen. Aber in der Palettenlandschaft gibt es Palettenbänke und Palettenbeete, und da machen wir jeden Donnerstag ein kleines Kulturprogramm. „5 nach 6“ heißt das. Da können Privatpersonen oder Vereine für eine halbe Stunde etwas machen, einfach damit wieder ein bisschen los ist.

Sie haben den Marktplatz gesehen. Der ist ziemlich groß. Er hat eine leere Atmosphäre. Die füllen wir dann ein bisschen.

Zu Kultur gehören auch Keramik, Malerei usw. Das ist noch nicht so eingebunden, aber die Keramikwerkstatt wird im Haus der Bildung eine Kooperation mit den Rotenburger Werken eingehen.

**Thomas Krueger:** Was Herr Oddoy eben so wunderschön als Gemeinwesenarbeit definiert hat, betreiben im Grunde genommen auch wir im Niedersächsischen Heimatbund. Der alte Begriff dafür ist Heimatpflege.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich darf mich bei Ihnen, Frau Linster und Herr Oddoy, ganz herzlich bedanken. Sie haben heute der Kommission wirklich weitergeholfen.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 2:

### Fortsetzung der Aussprache zur Auswertung der Online-Umfrage

Die Kommission hatte sich in ihrer 27. Sitzung am 5. November 2021 auf der Basis des Nachtrages 1 zur Vorlage 75 zu Drucksache 18/6898 bis einschließlich Seite 32 mit der Auswertung der Online-Umfrage befasst.

Herr **Dr. Micus** (LTVerv) setzte die in der 27. Sitzung begonnene Erläuterung der Auswertung auf der Basis einer PowerPoint-Präsentation fort. Die Darstellungen sind in den Text der Niederschrift eingebunden. Im Übrigen ist die Präsentation aus Gründen der besseren Lesbarkeit der Niederschrift noch einmal als **Anlage** beigefügt.

Zur bivariaten Statistik legte Herr Dr. Micus dar, aufgrund der Zielsetzung der Kommission einerseits, geäußelter Wünsche aus den Reihen der Kommission während der ersten Kurzvorstellung der Befragungsergebnisse vor der Sommerpause andererseits habe die wissenschaftliche Begleitung die Gruppe der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufgeteilt nach den Faktoren Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund, um dadurch speziell für die Teilgruppen der Frauen, der jungen Menschen (also der Unter-30-Jährigen) sowie der Menschen mit Migrationshintergrund Folgendes ermitteln zu können: 1) die Gründe für ausbleibendes Engagement, 2) die Engagementfelder, in denen sie sich engagieren wollen würden, und 3) die Bereiche, in denen sich Verbesserungen gewünscht würden.

Die ersten beiden Fragen bezögen sich dabei nur auf die Nicht-Engagierten, die dritte Frage auf sämtliche Befragten.

In einem ersten Schritt seien zunächst einmal die Anteile der Engagierten und Nicht-Engagierten ermittelt worden: 1) entlang der Geschlechtszugehörigkeiten weiblich, männlich, divers; 2) für die Altersgruppen „U-30“ und „30 und älter“; 3) für jene mit und ohne Migrationshintergrund.

Profil der Nicht-Engagierten

	Welches Geschlecht haben Sie?			Gesamt
	weiblich [1]	männlich [2]	divers [3]	
Engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit? Übernehmen Sie freiwillig bzw. ehrenamtlich Aufgaben in Vereinen, Initiativen, Projekten, einer Partei, Bürgerstiftungen oder Selbsthilfegruppen?				
ja [1]	4893	7123	33	12049
nein [2]	294	196	0	490
Gesamt	5187	7319	33	12539

Profil der Nicht-Engagierten

	Wie alt sind Sie?		Gesamt
	bis 29 [1]	30 und älter [2]	
Engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit? Übernehmen Sie freiwillig bzw. ehrenamtlich Aufgaben in Vereinen, Initiativen, Projekten, einer Partei, Bürgerstiftungen oder Selbsthilfegruppen?			
ja [1]	1501	10549	12050
nein [2]	65	425	490
Gesamt	1566	10974	12540

Profil der Nicht-Engagierten

	Haben Sie einen Migrationshintergrund?			Gesamt
	ja [1]	nein [2]	weiß nicht [3]	
Engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit? Übernehmen Sie freiwillig bzw. ehrenamtlich Aufgaben in Vereinen, Initiativen, Projekten, einer Partei, Bürgerstiftungen oder Selbsthilfegruppen?				
ja [1]	302	11672	76	12050
nein [2]	31	453	6	490
Gesamt	333	12125	82	12540

Von 5 187 Frauen seien 4 893 engagiert und 294 nicht-engagiert, von 7 319 Männern dagegen 7 123 engagiert und 196 nicht engagiert, was einem Anteil an Nicht-Engagierten von 5,7 % bei den befragten Frauen und 2,7 % bei den befragten Männern entspreche. Der Anteil der Nicht-Engagierten unter den Befragten insgesamt betrage 4 %.

Zwischen Jungen und Älteren unterschieden sich die Engagementquoten nicht signifikant, weder voneinander, noch vom Befragungsgesamtwert von 4 %. Der Anteil der Nicht-Engagierten betrage bei den U-30-Jährigen 4,2 % und bei der Altersgruppe „30 und älter“ 3,9 %.

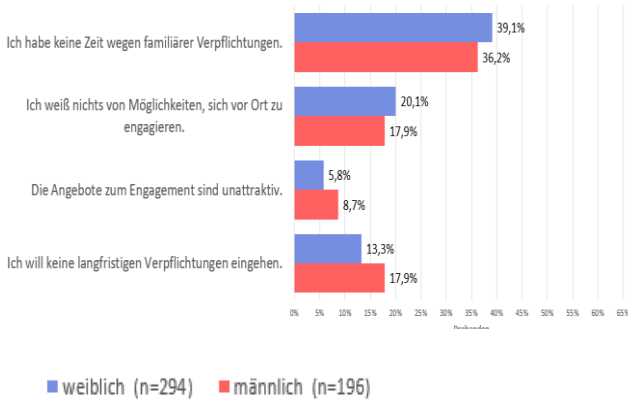
Deutlich über dem Durchschnitt liege der Anteil der Nicht-Engagierten dagegen bei den Menschen mit Migrationshintergrund, hier betrage er 9,3% - 31 von 333 Befragten.

Herr Dr. Micus wies darauf hin, dass die folgenden Diagramme auf die wichtigen Aspekte „eingedampft“ worden seien, da die Vielzahl der Bal-

ken in einer solchen Präsentation völlig unübersichtlich gewesen wäre.

**Was die Antworten der Nicht-Engagierten angehe, würden von Frauen**

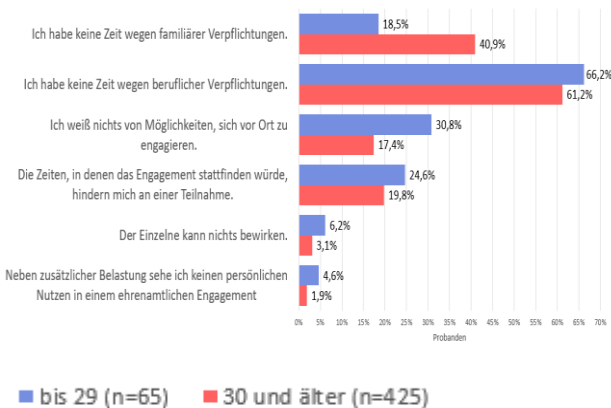
Was sind die Gründe dafür, warum Sie sich nicht engagieren? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Welches Geschlecht haben Sie?



häufiger als von Männern als Gründe für das aktuelle Nicht-Engagement die Antwortoptionen angegeben: 1) fehlende Zeit wegen familiärer Verpflichtungen sowie 2) fehlendes Wissen um Engagementmöglichkeiten.

Dagegen würden die Angebote zum Engagement von Frauen nur vergleichsweise selten als „unattraktiv“ beurteilt. Auffällig höher sei bei den Befragungsteilnehmerinnen die Bereitschaft zu langfristigen Engagement. Nur 13,3 % der weiblichen Befragten wollten längerfristige Verpflichtungen nicht eingehen, gegenüber 17,9 % bei den Männern.

Was sind die Gründe dafür, warum Sie sich nicht engagieren? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Wie alt sind Sie?



Junge Menschen unter 30 gäben häufiger als Menschen in der Altersgruppe „30 und älter“ an, dass sie wegen beruflicher Verpflichtungen keine

Zeit für ein Engagement fänden - 66,2 % vs. 61,2 %. Auch die Zeiten, in denen das Engagement stattfinden würde, würden häufiger als Hinderungsgrund genannt.

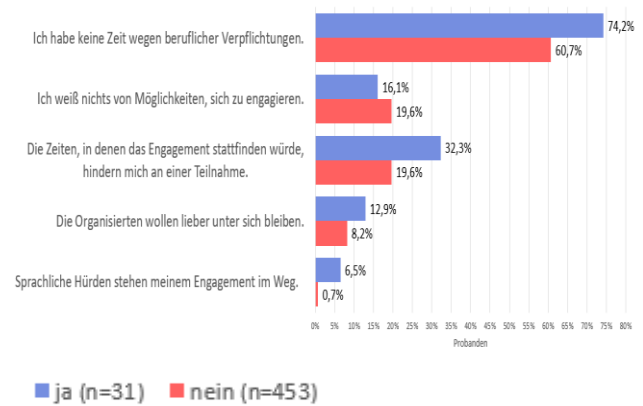
Auf einen Anstieg der Bedeutung von Selbstverwirklichungsmotiven für das Engagement der Jüngeren deuteten die erhöhten Werte der Jüngeren bei den Fragen nach dem „persönlichen Nutzen in einem ehrenamtlichen Engagement“ und nach den Möglichkeiten, dass der Einzelne etwas bewirken könne, hin.

Besonders deutlich aber seien die Unterschiede bei zwei anderen Antwortoptionen: Ein fehlendes Wissen über Engagementmöglichkeiten vor Ort betrachteten die Jüngeren erheblich häufiger als die Älteren als Hindernis auf dem Weg, sich zu engagieren. Dagegen werde fehlende Zeit aufgrund familiärer Verpflichtungen erheblich seltener genannt.

Allerdings sei die Anzahl der Befragten unter 30 Jahren mit 65 sehr klein.

Da die Anzahl der Befragten, die einen Migrationshintergrund angegeben hätten, sehr klein sei, sei Vorsicht geboten bei der Interpretation der Ergebnisse.

Was sind die Gründe dafür, warum Sie sich nicht engagieren? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Haben Sie einen Migrationshintergrund?

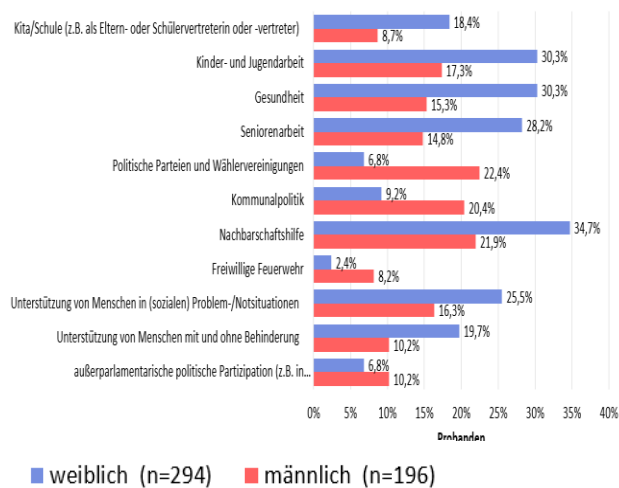


Dessen ungeachtet würden berufliche Verpflichtungen von Menschen mit Migrationshintergrund auffällig häufig als Hinderungsursache zur Aufnahme ehrenamtlichen Engagements angegeben - 74,2% zu 60,7%. Dasselbe gelte für ungünstige Engagementzeiten. Weitere Engagementhürden - wenn auch auf relativ niedrigem Niveau - seien sprachliche Hürden und die Wahrnehmung, unerwünscht zu sein, bzw. der Ein-

druck, die Organisierten wollten lieber unter sich bleiben. Nur unterdurchschnittlich dagegen werde Unwissenheit über die Engagementangebote als Grund für Nicht-Engagement genannt.

Was die Frage „In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen?“ anbelange,

In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Welches Geschlecht haben Sie?



übersteige das Interesse von Frauen dasjenige der Männer deutlich in folgenden Engagementbereichen: Kita/Schule (18,4 % zu 8,7 %); Seniorenarbeit (28,2 % zu 14,8 %); Kinder- und Jugendarbeit (30,3 % zu 17,3 %); Gesundheit (30,3 % zu 15,3 %); Nachbarschaftshilfe (34,7 % zu 21,9%); Unterstützung von Menschen, ob in Problem- oder Notsituationen, mit und ohne Behinderung.

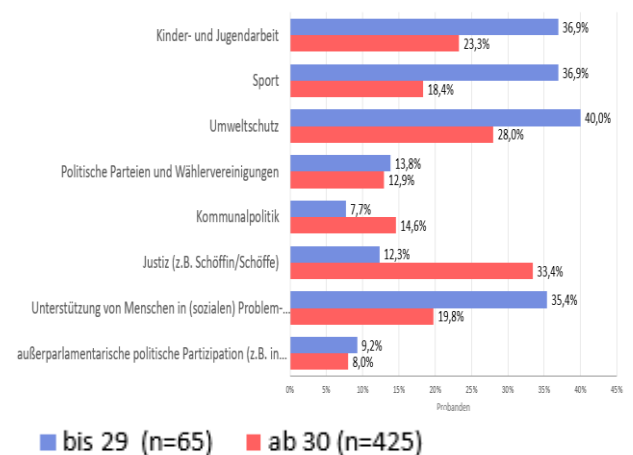
Deutlich weniger Interesse als Männer zeigten Frauen hingegen, wenn es um „Kommunalpolitik“ sowie „Politische Parteien und Wählervereinigungen“ gehe. Aber auch außerparlamentarische politische Partizipation interessiere Frauen nur unterdurchschnittlich oft. Sehr gering scheine in der Befragung außerdem das Interesse von nicht-engagierten Frauen für die Freiwillige Feuerwehr zu sein, auf die sich nur bei 2,4 % der Frauen die Engagementabsicht richte, während sich immerhin 8,2 % der nicht-engagierten Männer vorstellen könnten, bei der Freiwilligen Feuerwehr mitzumachen.

Insgesamt zeige sich hier wohl das vertraute Bild, dass Frauen sich häufiger für die Zielgruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der Senioren einsetzten als Männer und generell in den Bereichen

der Pflege-, Betreuungs- und Unterstützungsleistungen engagierter seien. Insofern dürfte sich auch in dieser Befragung die Diagnose aller bisherigen Freiwilligensurveys widerspiegeln, dass sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in anderen Lebensbereichen, wie der Familie und dem Beruf, auch im ehrenamtlichen Engagement zeige.

Mit Blick auf die Bereiche, auf die sich das Interesse für ein potenzielles Engagement richte, zeigten sich deutliche Unterschiede auch zwischen Jüngeren und Älteren.

In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Wie alt sind Sie?



Allein in Bezug auf die Kommunalpolitik und die Justiz falle das Interesse der Jüngeren geringer aus. Ansonsten liege es stets über demjenigen der Älteren, und dies teilweise deutlich.

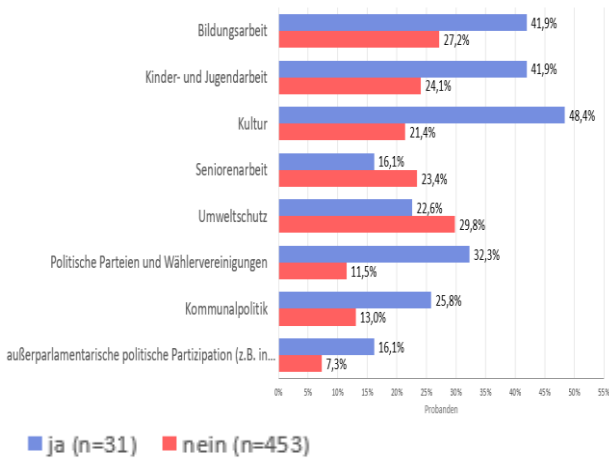
Besonders groß seien die Differenzen zwischen Jüngeren und Älteren und der Vorsprung der Jüngeren in den Engagementfeldern „Sport“, „Unterstützung von Menschen in (sozialen) Problem- und Notsituationen“ und „Kinder- und Jugendarbeit“. Am häufigsten als Adressat möglichen künftigen Engagements aber werde von den Jüngeren mit 40 % der „Umweltschutz“ genannt.

Interessant, weil der Intuition zuwiderlaufend, sei der Befund der Erhebung, dass die Jüngeren sich nicht nur in außerparlamentarischen Initiativen ein Engagement eher vorstellen könnten als die Älteren, sondern ebenfalls in „politischen Parteien und Wählervereinigungen“, wengleich die Unterschiede nur sehr gering seien.

Auch die Befragten, die einen Migrationshintergrund angegeben hätten, zeigten ebenso wie die

## Jüngeren für fast alle Bereiche eine deutlich gesteigerte Engagementbereitschaft.

In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Haben Sie einen Migrationshintergrund?



Besonders stark sei das Interesse für die Antwortmöglichkeiten „Kultur“, „Bildungsarbeit“ sowie „Kinder- und Jugendarbeit“. Mehr als 40 % der befragten Nicht-Engagierten mit Migrationshintergrund würden sich in diese Bereiche einbringen wollen.

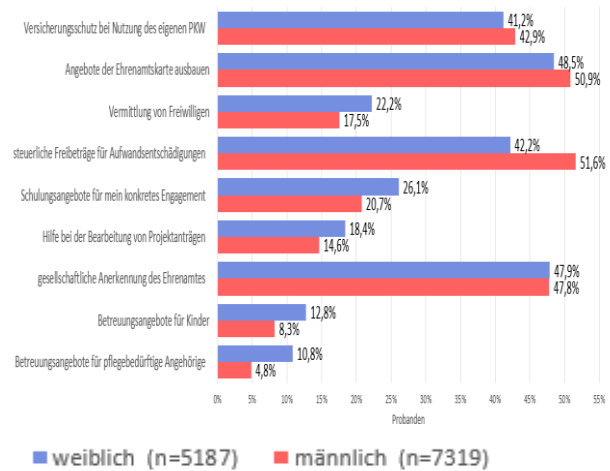
Auch für sämtliche Facetten des im engeren Sinne politischen Engagements - politische Parteien und Wählervereinigungen, Kommunalpolitik und außerparlamentarische politische Partizipation - gelte, dass sich die Befragten mit Migrationshintergrund in erheblich größerem Maße engagementbereit zeigten.

Einzig in der Seniorenarbeit und im Umweltschutz lägen die Vergleichswerte der Befragten ohne Migrationshintergrund höher.

Was Verbesserungswünsche angehe, sei nicht zwischen Engagierten und Nicht-Engagierten unterschieden worden.

In vielerlei Hinsicht unterschieden sich Männer und Frauen in der Umfrage bei den angegebenen Verbesserungswünschen nicht deutlich voneinander.

## Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Welches Geschlecht haben Sie?



Sehr wichtig mit Werten über 40 % seien beiden Gruppen Verbesserungen beim „Versicherungsschutz bei Nutzung des eigenen Pkw“, bei den „Angeboten der Ehrenamtskarte“, bei den „steuerlichen Freibeträgen für Aufwandsentschädigungen“ und bei der „gesellschaftlichen Anerkennung des Ehrenamtes“. Dabei äußerten Männer zu meist noch etwas häufiger Verbesserungsbedarf als Frauen.

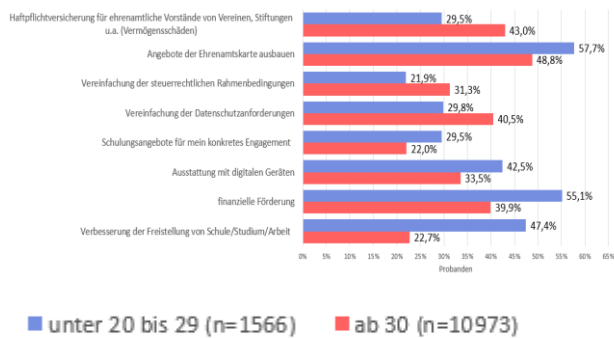
Ein merklich häufigeres Interesse der Frauen an Verbesserungen steche in folgenden Bereichen ins Auge: Vermittlung von Freiwilligen, Schulungsangebote für das eigene Engagement, Hilfe bei der Bearbeitung von Projektanträgen, Betreuungsangebote für Kinder und Betreuungsangebote für pflegebedürftige Angehörige.

Zusammengefasst schienen auf dieser Grundlage für Frauen Aspekte der Qualifizierung, der Vereinbarkeit mit Familie und Beruf und der Vernetzung wichtiger zu sein als für Männer.

Die Unter-30-Jährigen wünschten sich weniger häufig als die Älteren Verbesserungen bei der „Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Vorstände“ und bei der „Vereinfachung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen“.

Beides dürfte allein deshalb die Älteren eher betreffen, da sie in Verantwortungspositionen häufiger vertreten seien.

Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Wie alt sind Sie?

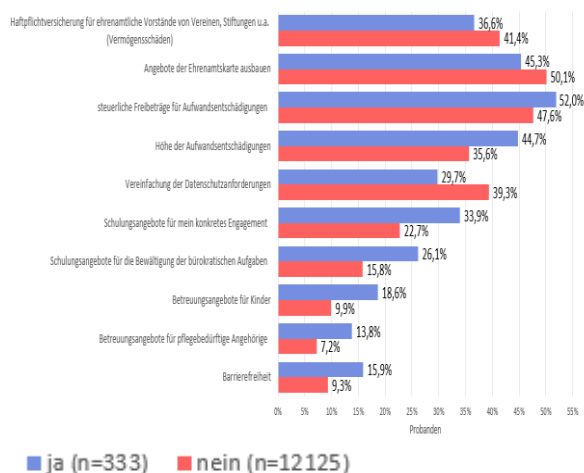


Sehr deutlich werde die Erfahrungs- und Generationsdifferenz zwischen Jüngeren und Älteren in den Antwortmöglichkeiten zur „Vereinfachung der Datenschutzerfordernissen“ und der „Ausstattung mit digitalen Geräten“. Ersteres sähen die computeraffineren Jüngeren weniger als Problem, bei Letzterem sähen sie in höherem Maße Verbesserungsbedarf als die Älteren.

Auch in den Bereichen „Angebote der Ehrenamtskarte ausbauen“, „Schulungsangebote für mein konkretes Engagement“, „finanzielle Förderung“ und „Verbesserung der Freistellung von Schule/Studium/Arbeit“ seien die Werte der Jüngeren klar erhöht.

Ein wichtiger Bereich, in dem sich besonders auch Befragte mit Migrationshintergrund Verbesserungen wünschten,

Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Haben Sie einen Migrationshintergrund?



seien die Aufwandsentschädigungen; sowohl im Hinblick auf ihre Höhe als auch die diesbezüglichen steuerlichen Freibeträge. Deutlich über-

durchschnittlich wünschten sie sich zudem Verbesserungen in folgenden Bereichen: bei den Schulungsangeboten - für das konkrete Engagement ebenso wie für die Bewältigung der bürokratischen Aufgaben -, bei den Betreuungsangeboten für Kinder ebenso wie für pflegebedürftige Angehörige, und beim Abbau von Barrieren in das ehrenamtliche Engagement.

Weniger häufig als seitens der Gruppe derjenigen ohne Migrationshintergrund seien dagegen die Antwortoptionen „Angebote der Ehrenamtskarte ausbauen“, „Vereinfachung der Datenschutzerfordernissen“ und „Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Vorstände“ gewählt worden, was zumindest in letzterem Fall möglicherweise auch mit der Unterrepräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund in Ehrenämtern, also Vorständen etc., zusammenhänge.

Die **Auswertung der Abschlussfrage** erläuterte Herr Dr. Micus im Sinne der folgenden Darstellungen:

- Vielzahl an Themen,
- Gegenstandsbereiche, die auch im Rahmen der Beratungen der Enquetekommission diskutiert worden sind,
- Bildung von drei Gruppen aufsteigender Relevanz auf der Grundlage der Häufigkeit von Nennungen.

1. Gruppe: 1 - 2 % der Antworten auf die offene Frage:

- Verbesserungen bei Freiwilligenagenturen (=> also z. B. höheres Maß an Wertschätzung seitens der Gemeindeverwaltungen angemahnt),
- Forderung einer Ehrenamtsstrategie (=> kohärente Strategie, aufeinander bezogene Maßnahmen, klare Zuständigkeiten),
- Vernetzung (=> regelmäßige Zusammenkünfte, besser miteinander ins Gespräch kommen, vor allem wichtig bei Engagement ohne Vereinsanbindung),
- Kommunikation/Information (=> Informationen zu Vergünstigungen, Förderprogrammen, Best-Practice-Beispielen ehrenamtlichen Engagements),

- Forderung nach mehr institutioneller Förderung (=> z. B.: Angebote sollten bei nachgewiesenem Erfolg nicht immer neu beantragt werden müssen),
- Dauerstellen statt Befristungen (=> Praxis befristeter Arbeitsverhältnisse als wiederkehrendes Ärgernis),

### 2. Gruppe: 5 - 10 % der Antworten:

- Flexibilisierung der Organisations- und Engagementstrukturen (=> zeitliche Beschränkung des Ehrenamtes in Satzungen, um „Verkarsungen“ zu verhindern; offener für Quereinstieg; Arbeit effektiver; innovative Ansätze; fluides, atmendes Engagement),
- (Rechts-)Schutz für Ehrenamtliche (=> mehr Rechtsberatungsangebote; bessere Informationen zu Haftungsfragen; Engagement keine juristischen Steine in den Weg rollen; härtere Strafen bei Drohungen/Attacken),
- Ehrenamt in Ausnahmezeiten wie Corona (=> klare Pandemieregeln; Sonderregeln für ehrenamtliches Engagement; Vereinsaktivitäten durchgängig möglich machen),
- Digitalisierung (=> lässt sich zusammenfassen zu: weniger Datenschutz, bessere digitale Infrastruktur),
- Qualifizierung (=> mehr Fortbildungsangebote; Kostenfreiheit von Schulungen; Klage über Zeitaufwand/hohe Frequenz von Auffrischungsprüfungen),

### 3. Gruppe: 15 - 20 % der Antworten:

- Anerkennung (=> Kritik an Land, Kommunen, Medien, Öffentlichkeit; zusätzliche Auszeichnungen, Preise, Abzeichen; Ehrenamtliche fühlen sich von Politik und Verwaltung nicht ernst genommen; Medien berichten zu wenig; Bevölkerung sehe Ehrenamt als selbstverständlich an; finanzielle Forderungen häufig mit Ruf nach mehr Anerkennung verknüpft; z. B. Rentenpunkte für ehrenamtliches Engagement),
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt (=> unzureichende Freistellungsregelun-

gen; Freistellungsregelungen in Landesverordnungen oder Tarifverträgen; Anerkennung von Vereinsaktivitäten und Fortbildungen als Bildungsurlaub; erweiterter Kündigungsschutz wie für ehrenamtliche Richter in Brandenburg),

- Entbürokratisierung (=> Übermaß an bürokratischen Vorschriften; Finanzbehörden als engstirnig oder feindlich gesonnen wahrgenommen; komplizierte steuerrechtliche Regelungen; Klagen über bargeldlosen Zahlungsverkehr, Datenschutz-Grundverordnung, Transparenzregister; Klage über Überlastung der Ehrenamtlichen; Forderung nach mehr Unterstützung durch Hauptamt)

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) äußerte sich erstaunt darüber, in welchem Umfang fehlendes Wissen über Engagementmöglichkeiten als Grund dafür angegeben worden sei, sich nicht zu engagieren. Fast alle Vereine, Verbände oder Institutionen, so die Vorsitzende, hätten einen Internetauftritt, sodass eigentlich sehr schnell und einfach Informationen zu Engagementmöglichkeiten eingeholt werden könnten.

Nicht erstaunt hätten sie hingegen die Forderungen nach Vereinfachung der Datenschutzerfordernungen, nach steuerlichen Freibeträgen für Aufwandsentschädigungen sowie nach Vereinfachung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen. Vielmehr sei sie erfreut darüber, dass sich dort einige der Punkte, die auch die Kommission sehr ausführlich beleuchtet habe, wiedergefunden hätten.

Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) bedankte sich, anknüpfend an seine Ausführungen in der 27. Sitzung der Enquetekommission, bei der wissenschaftlichen Begleitung ausdrücklich für die Ausführungen zu der offenen Abschlussfrage in der Online-Umfrage. Die Auswertung der Abschlussfrage lasse nun eine Gewichtung mit Blick für den Abschlussbericht zu.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU) erkundigte sich danach, wie häufig Rentenpunkte für ehrenamtliches Engagement gefordert worden seien.

Die wissenschaftliche Begleitung hat hierzu mit E-Mail vom 13. November 2021 Folgendes mitgeteilt:

„*Forderung nach Rentenpunkten:*

A) Unter „Sonstiges“ bei der Frage „Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen?“, ca. 60 Nennungen.

B) Offene Abschlussfrage: rund 135 von 2 746 Antworten, also rund 5 %.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) warf die Frage auf, in welcher Form die Ergebnisse der Online-Umfrage in den Abschlussbericht einfließen sollten, ob die Auswertung dem Abschlussbericht lediglich als Anlage beigefügt werden solle oder aber ob, wie er sagte, Ergebnisse der Online-Umfrage in konkrete Empfehlungen umgemünzt werden sollten. Als Beispiele für solche konkreten Empfehlungen nannte der Abgeordnete die Forderung nach Entbürokratisierung sowie die Forderung nach Erleichterungen im Zusammenhang mit der Datenschutz-Grundverordnung und dem Transparenzregister.

Herr **Dr. Micus** (LTVerw) verwies auf die Struktur für den Abschlussbericht, auf die sich die Kommission bereits verständigt hatte. Er gehe davon aus, dass die Auswertung der Online-Umfrage geschlossen unter Punkt VII des Abschlussberichts dargestellt werde.

Im Zusammenhang mit den Handlungsempfehlungen könne dann gegebenenfalls auf Punkt VII bzw. auf bestimmte Erkenntnisse aus der Online-Umfrage, die als wichtig erachtet würden, verwiesen werden.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) merkte an, er könne durchaus damit leben, die Auswertung der Online-Umfrage als Punkt VII aufzuführen. Darüber hinaus sollte dann aber ein weiterer Punkt aufgenommen werden, unter dem die dringendsten Handlungsempfehlungen, die sich aus der Sicht der Kommission aus der Online-Umfrage ergäben, dargestellt würden.

Würde die Auswertung der Online-Umfrage dem Abschlussbericht lediglich als Anlage beigefügt, bestünde die Gefahr, dass die Leserinnen und Leser die Ergebnisse der Umfrage ausschließlich für sich interpretierten und eigene Ideen dazu entwickelten, aber nicht deutlich werde, welche Konsequenzen sich aus der Sicht der Kommission ergäben.

Herr **Prof. Dr. Joachim Winkler** meinte, im Grunde bestehe im Bereich des ehrenamtlichen Engagements ein Paradox. Auf der einen Seite gehe es um freiwillige Tätigkeit, während es aber auf der anderen Seite für diese freiwillige Tätigkeit

auch staatliche Hilfe bzw. Förderung durch staatliche Institutionen gebe. Diese vom Staat getragene Betreuung führe zu bürokratischen Regeln, die beachtet werden müssten. Eine solche spezifische Form sei früher „induzierte Bürokratisierung“ genannt worden.

Aus seiner Sicht müsse die Kommission keine Empfehlungen erarbeiten, wo Grenzen gesetzt werden sollten, damit es nicht zu einer induzierten Bürokratisierung komme, sondern sie müsse sich die Frage stellen, mit welchen Maßnahmen Bürokratisierung verhindert werden könne.

Würde in die ehrenamtliche Tätigkeit die Logik von Bürokratie hinwachsen - dies dürfe nicht sein -, widerspräche dies dem Charakter der Ehrenamtlichkeit.

Zudem erzeuge die induzierte Bürokratisierung bzw. der Eingriff aufgrund staatlicher Förderung den Ruf nach Hauptamtlichkeit. „Wir können es nicht, also brauchen wir Hauptamtliche, die uns da unterstützen.“ Auch dies sei im Grunde ein Paradox zum Ehrenamt.

Vermehrte Hauptamtlichkeit wiederum führe, da Hauptamtliche einer anderen Logik folgten und dazu neigten, die Arbeitsabläufe im Sinne einer hauptamtlichen Tätigkeit zu vereinfachen, zu einer Routinisierung.

Hier sollte vielleicht noch einmal geschaut werden, wie das Ehrenamt davor geschützt werden könne, dass die Hauptamtlichen dominant würden.

In der Tat bedürfe es einer Anerkennungskultur. Aber alle Daten, die die Kommission präsentiert bekommen habe bzw. die in den Anhörungen angesprochen worden seien, zeigten, dass die individuellen Anreize für eine ehrenamtliche Tätigkeit allein nicht trügen.

Die Kommission habe immer wieder Hinweise darauf erhalten, dass es bei der Motivation der ehrenamtlich Tätigen um eine Kombination von altruistischen und intrinsischen Motiven gehe.

Es bedürfe keiner pekuniären Anreize, sondern einer Anerkennungskultur. Wichtig sei, dass die ehrenamtlich Tätigen das Gefühl hätten, dass ihre Arbeit wertgeschätzt werde. Aber sie bräuchten eher keinen persönlichen Anreiz, um diese Aufgaben anzunehmen.

Die neue Neurowissenschaft habe Belege dafür, dass es positive Gefühle erzeuge, anderen zu helfen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) bestätigte, in der Tat gebe es Studien, wonach jemand, der viel ehrenamtlich arbeite, sozusagen mit einer besseren Qualität alt werde.

Was den Aspekt der Hauptamtlichkeit betreffe, so sei in der heutigen Sitzung deutlich geworden, dass mehrere Kategorien unterschieden werden müssten.

Zum einen gehe es bei Hauptamtlichkeit sozusagen um Service, darum, z. B. bei der Antragstellung, bei Bescheinigungen und Förderprogrammen bis hin zu dem Abschlussbericht für ein Projekt behilflich zu sein.

Zum anderen müssten aber auch das fluide Ehrenamt und das Hauptamt in irgendeiner Form zueinander gebracht werden. Das eine bedinge das andere.

Frau **Lienemann** merkte an, dass die Diskussion über „induzierte Bürokratie“ und „Dominanz von Hauptamt“ ihres Erachtens etwas differenzierter geführt werden müsse.

Dass sich die Argumentation von Herrn Prof. Dr. Winkler auf die kommunale und die regionale Ebene beziehe, könne sie sich durchaus vorstellen. Aber wie die Anhörung z. B. des Amateurtheaterverbandes Niedersachsen und des Landestrachtensverbandes gezeigt hätten, können dort keinesfalls von einer Dominanz des Hauptamtes gesprochen werden. Nur zwei der 30 Mitgliedsverbände der LKJ verfügten über eigene Geschäftsstellen. Hier sei der Mangel an hauptamtlicher Unterstützung eklatant.

Die Koordinatorin für die Dorf- und Bürgertreffs der Samtgemeinde Bersenbrück habe in der Anhörung unter Tagesordnungspunkt 1 ausgeführt, Unterstützung des Ehrenamts bestehe z. B. darin, den Verwendungsnachweis für die Projektmittel zu erstellen. - Das bedeute überhaupt keine Dominanz des Hauptamts, sondern eine Unterstützung des Ehrenamts.

Sie könne zwar durchaus nachvollziehen, dass in der Frage, ob etwa Geschäftsstellen eingerichtet werden sollten, aus dem politischen Blickwinkel immer auch die finanziellen Auswirkungen gesehen würden. Allerdings sei in vielen Fällen ein krasser Mangel an hauptamtlicher Unterstützung

entstanden. Die Antwort hierauf sei deutlich: mehr institutionelle Förderung und weniger kurzfristige Projekte.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) entgegnete, selbstverständlich brauche das Ehrenamt in gewisser Hinsicht das Hauptamt. Er entnehme den Ergebnissen der Online-Umfrage, dass durchaus Unterstützung gewünscht werde. Aus der Online-Umfrage sei auch deutlich geworden, warum Unterstützung gewünscht werde, und in diesem Zusammenhang falle immer wieder das Stichwort „Bürokratie“.

Er werbe für den Ansatz, nicht mit mehr Hauptamt auf die gestiegenen bürokratischen Anforderungen zu reagieren, sondern stattdessen Bürokratie abzubauen, sodass ehrenamtlich Tätige in geringerem Umfang auf hauptamtliche Hilfe angewiesen seien.

Der Umfrage und den Anhörungen, die die Kommission durchgeführt habe, seien vielfältige Beispiele zu entnehmen, wo - sogar mit relativ wenig Aufwand - Bürokratie abgebaut werden könnte.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) gab zu bedenken, dass Regelungen getroffen würden, um die Dinge rechtssicher zu gestalten und sich abzusichern.

Ehrenamtlich Tätige, so der Abgeordnete, die in ihren Vereinen Verantwortung trügen, müssten sich wegen der Arbeit, die sie für andere leisteten, nach allen Richtungen absichern; etwa aus Sorge, dass sie verklagt würden, wenn sich z. B. jemand beim Sport in der Halle verletze.

Ein Gegeneinander von Hauptamt und Ehrenamt sehe er nicht. Der Abgeordnete berichtete in diesem Zusammenhang, dass der Trägerverein eines Museums an ihn herangetreten sei, um Unterstützung zu erhalten, weil sehr viele Dinge zu organisieren seien, dem Verein aber aus demografischen Gründen bzw. aus Gründen der Altersstruktur die Organisationsfähigkeit verlorengehe.

Aus seiner Sicht, so Abg. Watermann, gehe es darum, ein Stück weit das abzusichern, was das Ehrenamt auch im Hinblick auf regionale Kultur biete, und dafür werde das Hauptamt als Stütze oder Organisationshilfe benötigt.

Wenn das Hauptamt nicht mehr als Bindeglied zur Verfügung stehe, koste dies insgesamt und auch gesellschaftlich mehr, als bei einer Abschaf-



fung der hauptamtlichen Unterstützung möglicherweise gespart werden könnte

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) schloss sich den Ausführungen des Abg. Schepelmann an.

Wie auch in der Anhörung unter Tagesordnungspunkt 1 deutlich geworden sei, werde engagiertes Hauptamt benötigt. Die Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene müssten dabei aber, wie der Abgeordnete sagte, mitziehen.

In der letzten Sitzung habe die Kommission darüber diskutiert, ob das „Ehrenamt“ als weiteres Staatsziel in die Verfassung aufgenommen werden sollte. Eine Aufnahme in die Verfassung würde im Prinzip nur Bürokratie aufbauen. - Der Bürokratische Aufwand müsse aber abgebaut werden abbauen, und wenn dies wirklich beabsichtigt sei, werde das auch funktionieren.

Immer wieder „ploppe“ die Diskussion „One in, two out“ auf. Ein solcher Ansatz könne sicherlich auch für das Ehrenamt gewählt werden. Aufgeblähte Bürokratie benötigten Ehrenamtliche nicht.

In der Diskussion über die Datenschutz-Grundverordnung habe die Kommission festgestellt, dass viele Ängste genommen werden könnten, indem aufgezeigt werde, dass die Dinge im Zusammenhang mit der DSGVO viel leichter zu handhaben seien, als dies gemeinhin angenommen werde. Schon dies bedeute eine Art von Bürokratieabbau.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 3:

## **Verschiedenes**

### *Layout des Abschlussberichts*

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) erinnerte daran, dass die Kommission in ihrer 27. Sitzung diskutiert habe, welche Form für die Druckexemplare des Abschlussberichtes - Präsentationsringbuch oder gebundene Version - gewählt werden sollte.

Die Obleute der Fraktionen seien aus verschiedensten Gründen zu dem Ergebnis gekommen, so die Vorsitzende, dass für die Druckexemplare des Abschlussberichtes eine gebundene Version gewählt werden sollte. Auf dem Einband könnte dann ein QR-Code abgedruckt werden - der auch auf der Homepage des Landtages angeboten werden könne und es erlaube, den Abschlussbericht herunterzuladen.

Widerspruch hiergegen erhob sich nicht.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) hielt fest, dass sich die Kommission für die Druckexemplare des Abschlussberichtes einstimmig dafür eine gebundene Version ausspricht.

Die **Kommission** bat die Landtagsverwaltung, das Ausschreibungsverfahren für das Layout und den Druck von 300 gebundenen Exemplaren des Abschlussberichts einzuleiten.

### *Gruppenfoto der Kommissionsmitglieder für den Abschlussbericht*

Die **Kommission** kam überein, in den Abschlussbericht ein Gruppenfoto der Kommissionsmitglieder aufzunehmen.

Als Termin für die Anfertigung der Gruppenaufnahme verständigte sie sich auf den 3. Dezember 2021.

\*\*\*

Umfrage Ehrenamt in Niedersachsen

# Bivariate Statistik und Abschlussfrage

# Profil der Nicht-Engagierten

	Welches Geschlecht haben Sie?			Gesamt
	weiblich [1]	männlich [2]	divers [3]	
<b>Engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit? Übernehmen Sie freiwillig bzw. ehrenamtlich Aufgaben in Vereinen, Initiativen, Projekten, einer Partei, Bürgerstiftungen oder Selbsthilfegruppen?</b>				
ja [1]	4893	7123	33	12049
nein [2]	294	196	0	490
<b>Gesamt</b>	<b>5187</b>	<b>7319</b>	<b>33</b>	<b>12539</b>

# Profil der Nicht-Engagierten

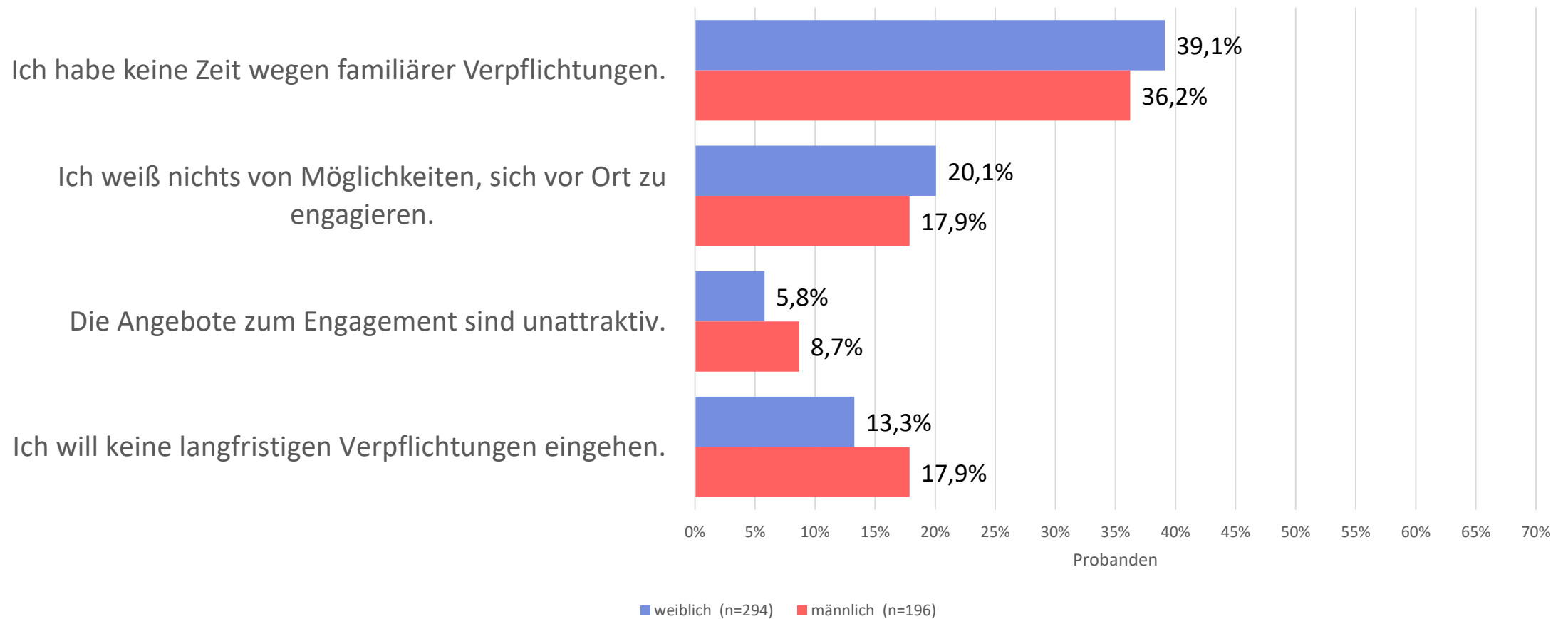
	Wie alt sind Sie?		Gesamt
	bis 29 [1]	30 und älter [2]	
<b>Engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit? Übernehmen Sie freiwillig bzw. ehrenamtlich Aufgaben in Vereinen, Initiativen, Projekten, einer Partei, Bürgerstiftungen oder Selbsthilfegruppen?</b>			
<b>ja [1]</b>	1501	10549	12050
<b>nein [2]</b>	65	425	490
<b>Gesamt</b>	1566	10974	12540

# Profil der Nicht-Engagierten

	Haben Sie einen Migrationshintergrund?			Gesamt
	ja [1]	nein [2]	weiß ich nicht [3]	
<b>Engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit? Übernehmen Sie freiwillig bzw. ehrenamtlich Aufgaben in Vereinen, Initiativen, Projekten, einer Partei, Bürgerstiftungen oder Selbsthilfegruppen?</b>				
ja [1]	302	11672	76	12050
nein [2]	31	453	6	490
<b>Gesamt</b>	<b>333</b>	<b>12125</b>	<b>82</b>	<b>12540</b>

# Antworten der Nicht-Engagierten

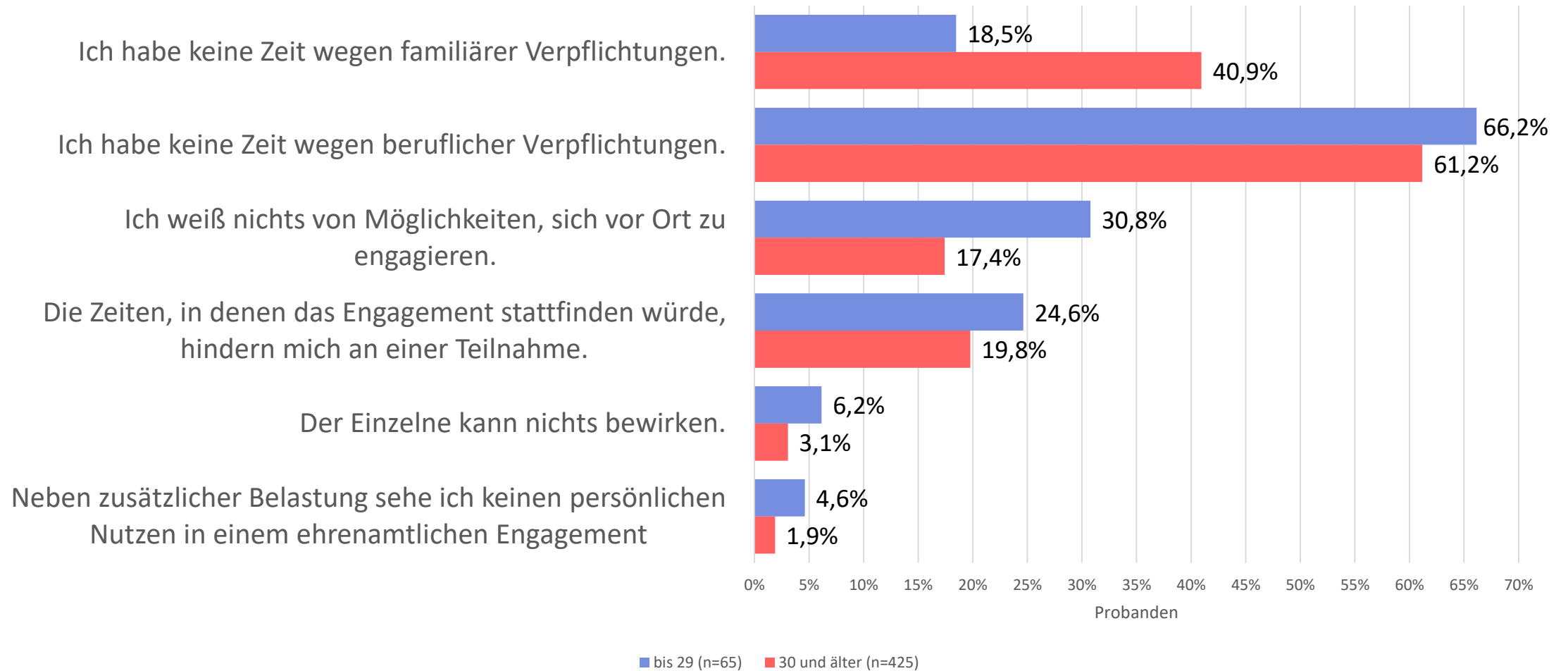
Was sind die Gründe dafür, warum Sie sich nicht engagieren? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Welches Geschlecht haben Sie?





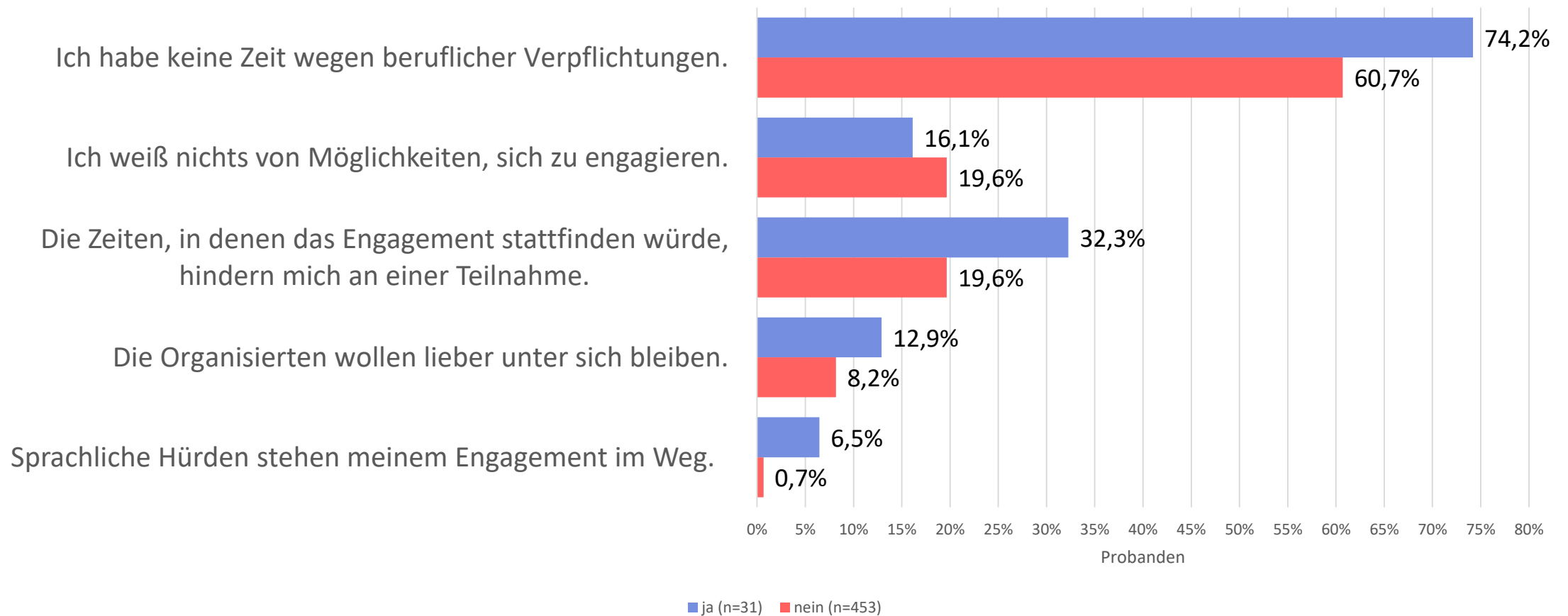
# Antworten der Nicht-Engagierten

Was sind die Gründe dafür, warum Sie sich nicht engagieren? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Wie alt sind Sie?



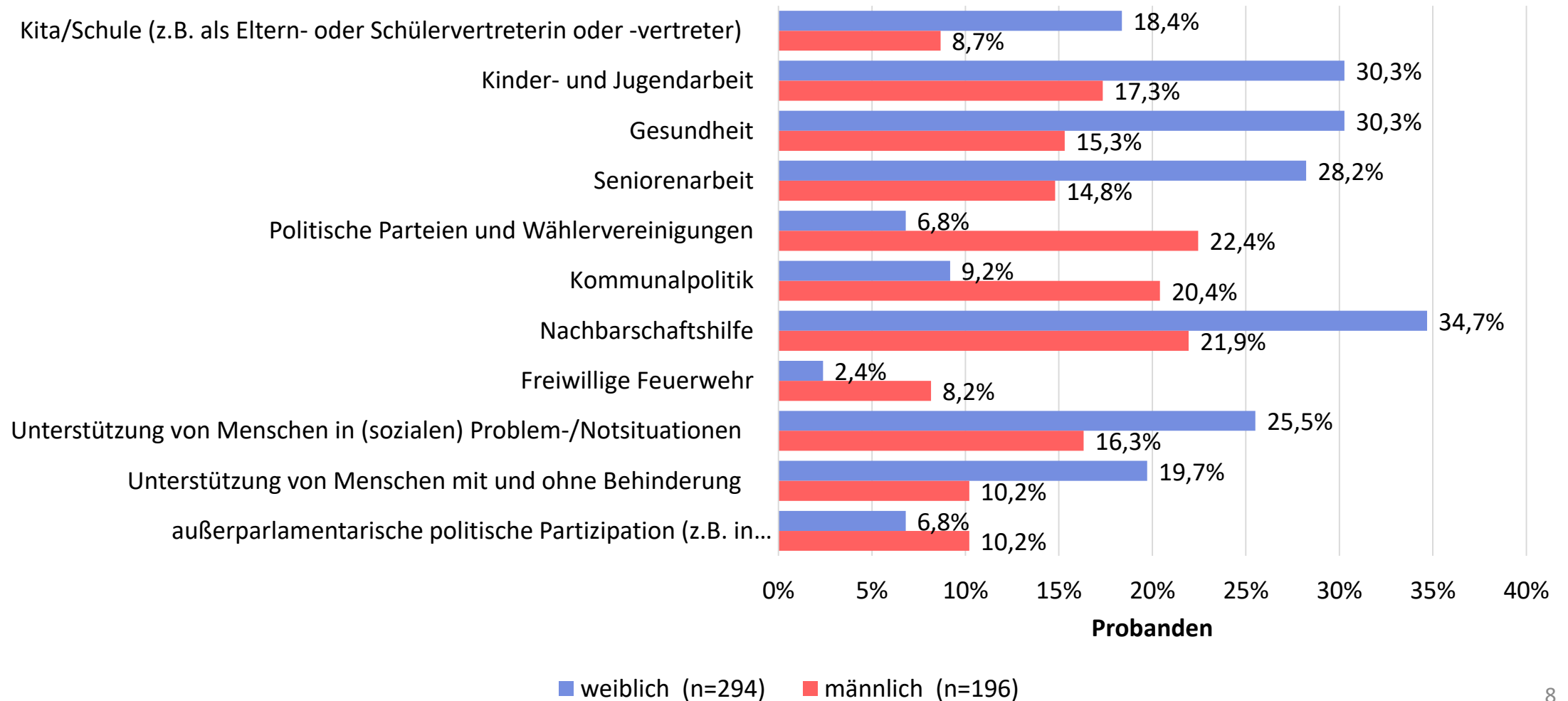
# Antworten der Nicht-Engagierten

Was sind die Gründe dafür, warum Sie sich nicht engagieren? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Haben Sie einen Migrationshintergrund?



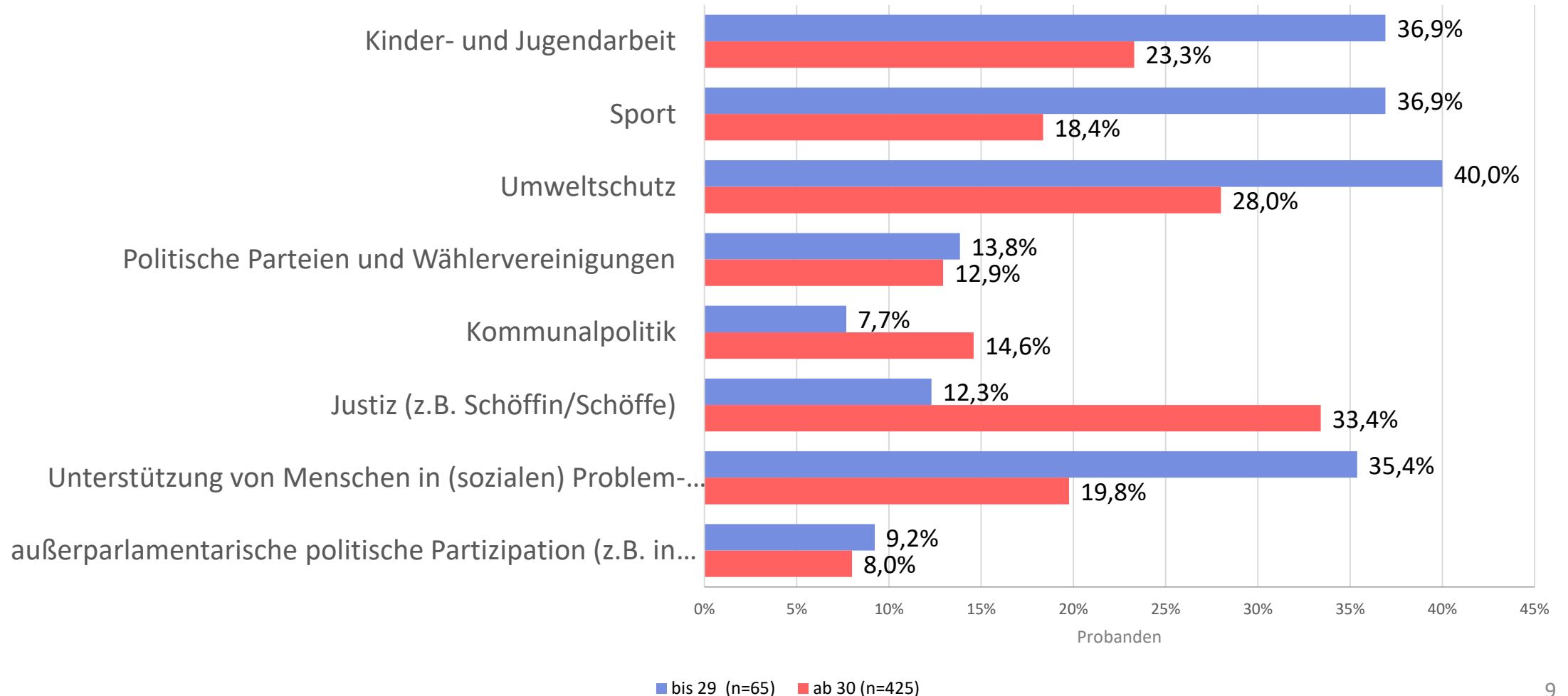
# Antworten der Nicht-Engagierten

In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Welches Geschlecht haben Sie?



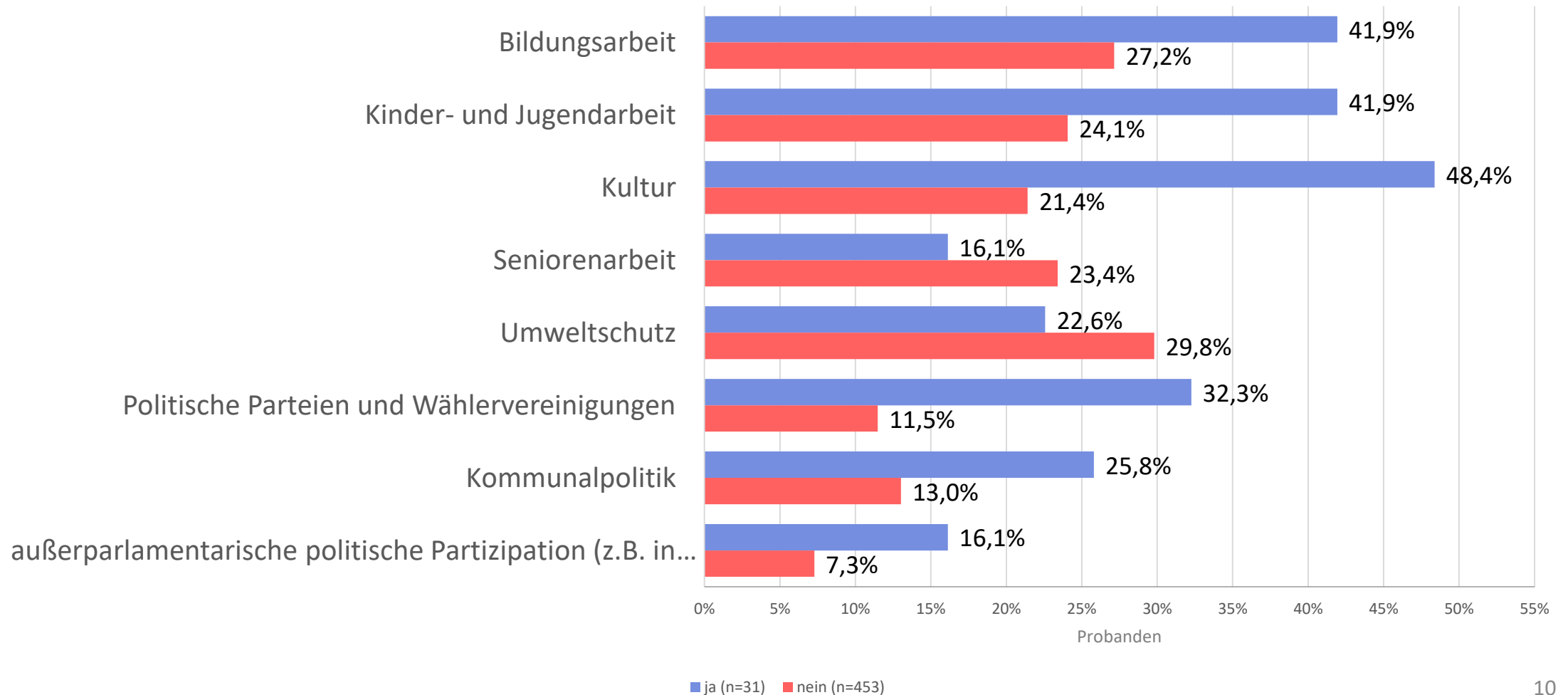
# Antworten der Nicht-Engagierten

In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Wie alt sind Sie?



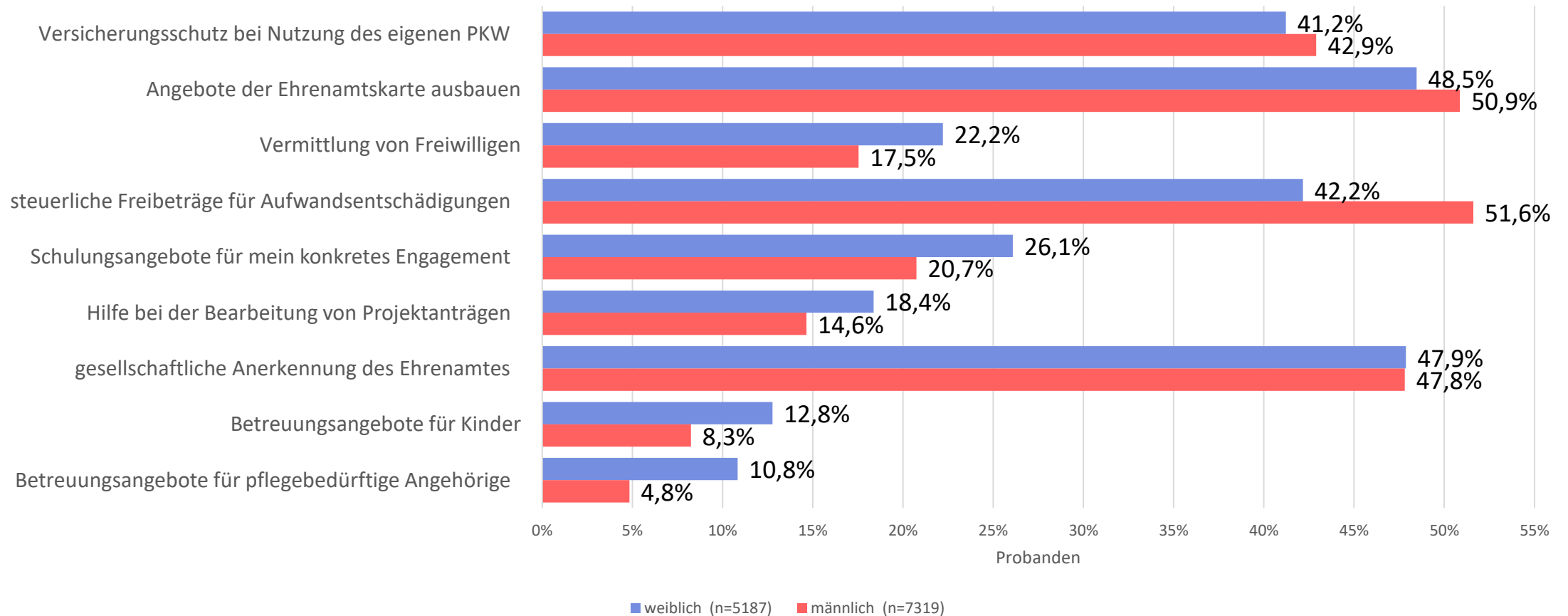
# Antworten der Nicht-Engagierten

In welchem der folgenden Bereiche würden Sie sich ehrenamtlich engagieren wollen? (Mehrfachauswahl möglich) **vs** Haben Sie einen Migrationshintergrund?



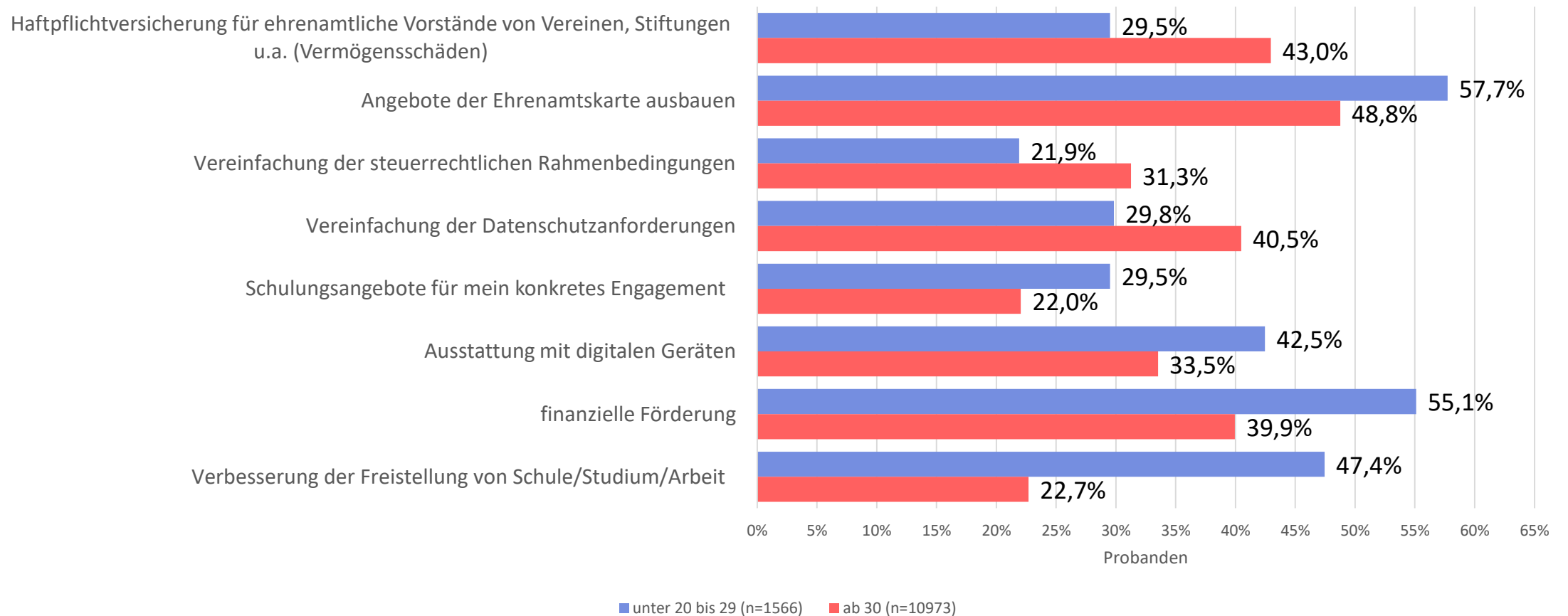
# Verbesserungswünsche

Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen? (Mehrfachauswahl möglich) vs  
Welches Geschlecht haben Sie?



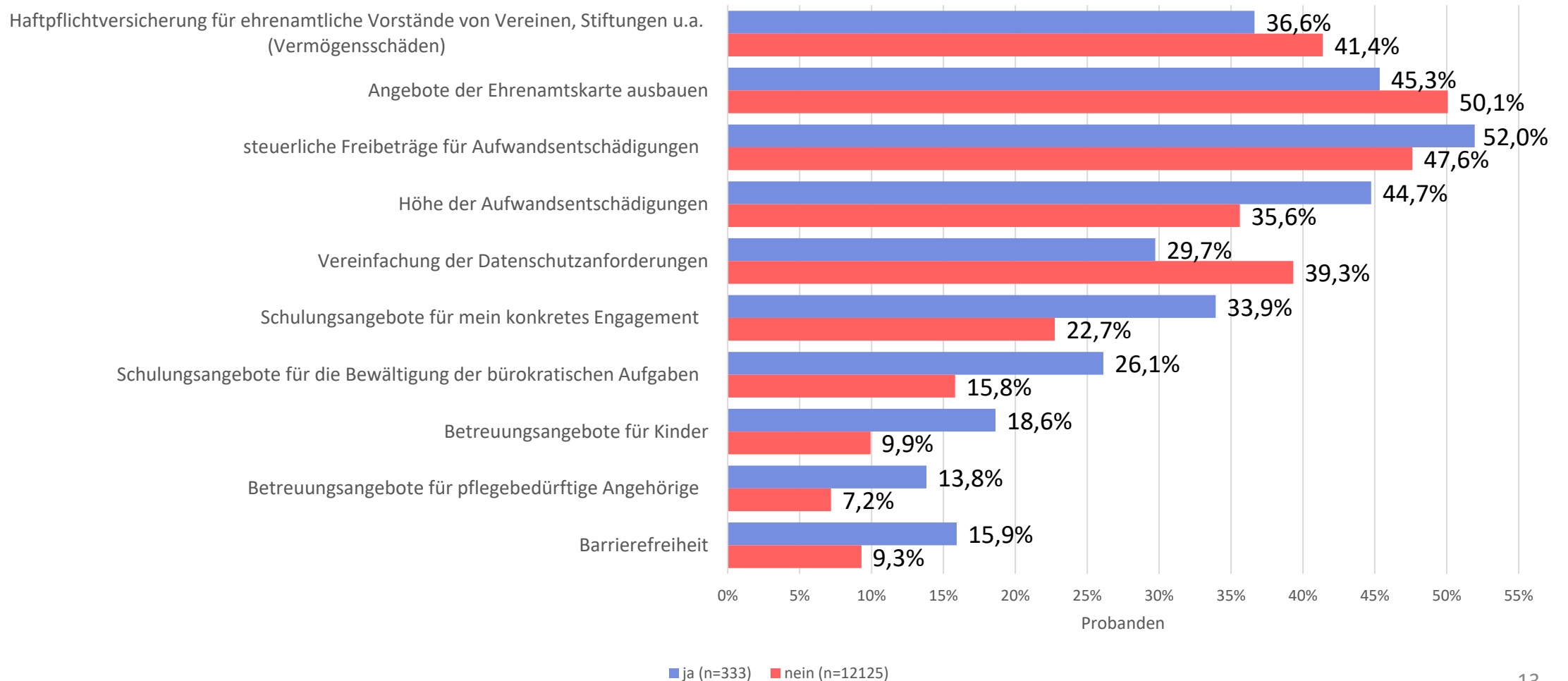
# Verbesserungswünsche

Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Wie alt sind Sie?



# Verbesserungswünsche

Wo konkret wünschen Sie sich Verbesserungen? (Mehrfachauswahl möglich) vs Haben Sie einen Migrationshintergrund?





# Auswertung der Abschlussfrage

- Vielzahl an Themen
- Gegenstandsbereiche, die auch im Rahmender Beratungen der Enquetekommission diskutiert worden sind
- Bildung von drei Gruppen aufsteigender Relevanz auf der Grundlage der Häufigkeit von Nennungen

# Auswertung der Abschlussfrage

## 1. Gruppe: 1-2 % der Antworten auf die offene Frage:

- Verbesserungen bei Freiwilligenagenturen
- Forderung einer Ehrenamtsstrategie
- Vernetzung
- Kommunikation/Information
- Forderung nach mehr institutioneller Förderung
- Dauerstellen statt Befristungen

# Auswertung der Abschlussfrage

## 2. Gruppe: 5-10% der Antworten:

- Flexibilisierung der Organisations-/Engagementstrukturen
- (Rechts-)Schutz für Ehrenamtliche
- Ehrenamt in Ausnahmezeiten wie Corona
- Digitalisierung
- Qualifizierung

# Auswertung der Abschlussfrage

## 3. Gruppe: 15-20% der Antworten:

- Anerkennung
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Ehrenamt
- Entbürokratisierung

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**